

MIT
GRAFIKPLAKAT
ZUM THEMA



**Briefe zur
Transformation**

Ausgabe 7

August 2015

movum

Gerechtigkeit

THEORIE:

**SOZIALE UND ÖKOLOGISCHE
GERECHTIGKEIT GEHÖREN ZUSAMMEN**

Von Frank Bsirske

DREIMAL GERECHTIGKEIT

Von Claus Leggewie

PRAXIS:

EINFACH EINSTEIGEN – UND LOS

Von Joachim Wille

WENIGER ANREIZE FÜR FOSSILE ENERGIEN

Interview mit Jürgen Trittin

GRAFIK:

GERECHTIGKEIT IST BESSER FÜR ALLE



Nick Reimer: Schlusskonferenz. Geschichte und Zukunft der Klimadiplomatie. Oekom, München 2015

Ein exzellentes politisches Sachbuch zum richtigen Zeitpunkt. Anfang Dezember muss die Weltgemeinschaft einen neuen Klimavertrag beschließen, soll die Erderwärmung nicht als Erderhitzung eskalieren. Nick Reimer, auch Chefredakteur von *klimaretter.info*, beschreibt kenntnisreich die Komplexität der globalen Klimaverhandlungen, unterhaltsame Konferenzanekdoten inklusive. Reimer wirbt dabei auch um Verständnis für die zermürbende Arbeit der Klimadiplomaten, denn „Klimadiplomatie ist Demokratie in Reinstform“. Mit Erläuterungen zum Konferenzvokabular.



NaturFreunde Deutschlands: Reader zu den Freihandelsabkommen CETA, TiSA, TTIP. Berlin 2015.

44 Seiten Hintergründe zu den geplanten Freihandelsabkommen, aufbereitet vom Bundesvorstand der NaturFreunde Deutschlands: Dieser Reader beleuchtet Geschichte und Idee des Freihandels, erläutert Kritikpunkte, bewertet Aspekte wie die Paralleljustiz für internationale Konzerne und dokumentiert Positionen anderer Organisationen. Die NaturFreunde kritisieren insbesondere die anhaltend falschen Weichenstellungen seit dem Aufkommen von Neoliberalismus und Finanzkapitalismus in den letzten drei Jahrzehnten. Download: www.naturfreunde.de/ttip-reader



Papst Franziskus: Umweltenzyklika Laudato si. Über die Sorge für das gemeinsame Haus. Herder, Freiburg 2015.

Man muss kein Katholik sein, um die Relevanz dieser Umweltenzyklika zu erkennen. Franziskus spricht von der Klimaschuld des Nordens, deren Folgen die Armen trafen und zu immer mehr Migration führten. Die fossile Verbrennung müsse dringend durch erneuerbare Energien ersetzt werden. Der Mensch brauche einen anderen sozial-ökologischen Lebensstil und die Politik dürfe sich nicht der Wirtschaft unterwerfen. Die NaturFreunde haben gleich einen Mitgliedsantrag versandt. Download: www.kurzlink.de/franziskus-laudatosi



Hahne, U. (Hrsg.): Transformation der Gesellschaft für eine resiliente Stadt- und Regionalentwicklung. Rohn, Detmold 2014

Die Große Transformation zu einer postfossilen Wirtschaft und klimagerechten Lebensstilen besteht aus vielen einzelnen Schritten. In Städten und Regionen braucht es Pioniere des Übergangs zu einer postfossilen Gesellschaft, die solche Veränderungen vorantreiben. Bei den Beispielen in diesem Band geht es vor allem darum, wie die Resilienz, die Widerstandsfähigkeit, zu erhöhen ist, damit der Übergang robust abgedeckt werden kann. Wichtig für alle, die sich für Transformation im Bereich der Stadt-, Regional- und Raumentwicklung interessieren.



NATURFREUNDE – VERBAND FÜR NACHHALTIGKEIT SEIT 1895

Die NaturFreunde Deutschlands sind ein sozial-ökologischer und gesellschaftspolitisch aktiver Verband für Umweltschutz, sanften Tourismus, Sport & Kultur. Mehr als 70.000 Mitglieder in 630 Ortsgruppen mit rund 400 Naturfreundehäusern

engagieren sich ehrenamtlich für die nachhaltige Entwicklung der Gesellschaft.

Wir wollen folgenden Generationen eine lebenswerte Welt hinterlassen und setzen dafür nachhaltige Entwicklung in der Praxis um. Dabei bringen wir

Umweltschutz, soziale Gerechtigkeit und Freizeitkultur miteinander in Einklang und übernehmen Verantwortung in Bündnissen, etwa durch die Anmeldung der großen Demonstration gegen TTIP am 10. Oktober in Berlin.

www.naturfreunde.de

Die Herausgeber (BUND, Deutsche Umweltstiftung, EuroNatur, FÖS, NaturFreunde und Die Transformateure) und andere Akteure der Transformation stellen sich an dieser Stelle im Wechsel vor.

Debatten zu den Themen dieser Ausgabe unter: www.Briefe-zur-Transformation.de

VERANSTALTUNGEN

15. bis 20. September 2015

Sommerwerkstatt "Wirtschaft neu denken – und anders machen"

Konzeptwerk Neue Ökonomie, Leipzig

www.konzeptwerk-neue-oekonomie.org/sommerwerkstatt

26. September 2015

Wenn Konzerne den Protest managen...

Humboldt Universität zu Berlin, Seminargebäude am Hegelplatz

www.konzernprotest.de

25. bis 27. September 2015

UN-Gipfel soll Post-2015-Agenda für nachhaltige Entwicklung beschließen

Weltgemeinschaft, Vereinte Nationen New York

www.kurzlink.de/UN-Gipfel

10. Oktober 2015

Großdemonstration „Stop TTIP & CETA

– für einen gerechten Welthandel“ ab Hauptbahnhof Berlin

www.ttip-demo.de



Foto: M.M. Padmanabhai / flickr.com

Ohne Ökologie gibt es keine Gerechtigkeit

Von Hubert Weiger, Vorsitzender des BUND

In der Debatte über soziale Gerechtigkeit geht es zu Recht vor allem um Teilhabe, faire Bildungschancen, Verringerung von Einkommensunterschieden und Mindestlöhne, manchmal auch – besonders wegen der drängenden Flüchtlingsfragen – um eine Erhöhung der Mittel für die Entwicklungsländer. Sie ist nach wie vor aber zu wenig mit der ökologischen Dimension verbunden. Noch schlimmer: In der Theorie der Gerechtigkeit findet sich kaum etwas zu den ökologischen Fragen.

Dabei geht es spätestens seit Beginn der Nachhaltigkeitsdiskussion um die Verbindung von sozialer und ökologischer Gerechtigkeit. Eine zukunftsfähige Entwicklung beschreibt einen verantwortungsvollen Umgang mit der Natur und ihren Grenzen und – zugleich – eine gerechte Verteilung, die die Bedürfnisse aller Menschen weltweit berücksichtigt. Sie verlangt, global und in die Zukunft zu denken – im Sinne einer doppelten Gerechtigkeit: zwischen Nord und Süd und zwischen uns Menschen heute und kommenden Generationen. Der Klimawandel geht weit überwiegend auf das Konto der Industriestaaten, die aber nicht einmal ein Viertel der Weltbevölkerung stellen.

Auch die internationale Finanzierung spricht eine deutliche Sprache: Allein fossile Energieträger werden jährlich mit über 5.000 Milliarden Dollar subventioniert. Die Folge davon ist, dass die Kohle als Klimakiller Nummer eins stärker denn je eingesetzt wird. Dem steht ein – noch nicht einmal vollständig garantierter – Klimaschutzfonds in Höhe von 100 Milliarden US-Dollar entgegen, der die Entwicklungsländer bei der Anpassung an die Folgen des Klimawandels unterstützen soll.

Der Klimawandel ist eindrucksvolles Beispiel für die ungerechten Auswirkungen unserer Wirtschaft, unserer Politik und unseres Lebensstils auf die Länder des globalen Südens. Wetterextreme, Dürren, Überschwemmungen, Unwetter ungekannter Ausmaße bedrohen die Bevölkerung und gefährden ihre Lebensgrundlagen.

In Lima, dem Ort der letzten Klimakonferenz, trifft die Wassernot nur die Ärmsten der Armen. Im Stadtzentrum bemerkt man davon nichts, die Parks werden mit dem Wasser bewässert, für das die Ärmsten stundenlang anstehen müssen.

Erst nach einer Stunde Fahrt ins Umland kommen die Armutsviertel in Sicht. Im Zentrum ist die Armut nur indirekt zu erkennen: an der Abschottung der Häuser hinter Elektrozaunen und daran, dass es gefährlich sein kann, Taxis zu benutzen. Das sind nicht nur Zeichen der Kriminalität, sondern einer bitteren Not, von der die „Entscheidungsträger“ nicht betroffen sind.

Auch der Blick nach Fukushima nach der Reaktorkatastrophe zeigt: Wer die Region nicht verlassen kann, das sind die Bauern und die alten und die einkommensschwachen Menschen. Sie können ihren Ertrag nicht mehr verkaufen, sie haben aber auch nicht die Wahl, die Gegend zu verlassen, wie jüngere und mobile Menschen.

Ein eindrucksvolles Bild ergibt sich beim Blick auf die Fläche, die wir EU-Bürger beanspruchen. Insgesamt beträgt der „Land-Fußabdruck“ der Europäischen Union schätzungsweise 640 Millionen Hektar, also eineinhalb Mal so viel wie die Fläche aller 28 Mitgliedsstaaten zusammen. Mit Billigfutterimporten und Agrospritproduktion leben wir auf Kosten der Bevölkerung im globalen Süden: Wir nehmen dort Flächen in Anspruch, die diese Länder für ihre eigene Nahrungsmittelproduktion dringend benötigen.

All diese Beispiele zeigen: Ein Schlüssel zur Lösung liegt in der Verknüpfung der ökologischen mit der sozialen Frage. Wir müssen uns engagieren für mehr Gerechtigkeit, für eine Verringerung der Gegensätze von Arm und Reich. Nur dann kann es Nachhaltigkeit geben.

Eine Chance liegt in den globalen Umwelt- und Entwicklungszielen, die die Vereinten Nationen im September verabschieden wollen. Dann stehen wir vor der Aufgabe, diese neue Rahmensetzung in Deutschland und Europa anzuwenden. Etwa indem wir den Flächenverbrauch weltweit zum Thema machen und uns einsetzen für wirklich nachhaltige Weichenstellungen in der europäischen Agrar- und Energiepolitik.

Hoffnung geben breite Bündnisse der ökologischen, kulturellen und sozialen Bewegungen, vor allem das Anti-TTIP-Bündnis, das am 10. Oktober 2015 in Berlin auf die Straße geht. Mitmachen!

ES GEHT UM DAS NOTWENDIGE, NICHT UM DAS SCHEINBAR NUR MÖGLICHE

Text: MICHAEL MÜLLER

Green Economy, ökologische Ökonomie, Green New Deal oder ökologische Industriepolitik, die Forderung nach einer *Versöhnung von Ökonomie und Ökologie* hat Konjunktur. Derartige Modernisierungallianzen gelten in der grünen Debatte als Königsformel. Damit gäbe es nur Gewinner – Natur, Wirtschaft und Arbeitnehmer. Dagegen wäre ein Weiterwachsen wie bisher „eine Besatzungsarmee in Feindesland“ (Ernst Bloch). Es wäre auch kurzfristig, denn die Wirtschaft steht heute unter dem „Diktat der kurzen Frist“ (Richard Sennett), das sie instabil und krisenanfällig macht. Innovationen, eine gute Infrastruktur und technische Neuerungen brauchen nämlich Zeit.

Die Versöhnung von Ökonomie und Ökologie ist notwendig, aber sie stellt viele Macht- und Verteilungsfragen, erfordert einen Einstellungswandel, der den extremen Konsum zurückführt, und ist – wie auch Naomi Klein herausstellt – unvereinbar mit dem Finanzkapitalismus. Von daher gibt es in der Umbauphase Belastungen und Verlierer. Das erklärt, warum die Forderung nach einer solaren, energie- und ressourceneffizienten Wirtschaft zwar unmittelbar einsehbar ist, aber dennoch nur langsam vorankommt und auf harten Widerstand trifft. Wir tun uns schwer mit der Energiewende, die von der überfälligen Effizienzrevolution weit entfernt ist. Nach ersten Schritten vor mehr als fünfzehn Jahren ist die ökologische Finanzreform wieder in der Versenkung verschwunden. Die Börse feiert die hohen Zuwachsraten spritschluckender SUVs. Und die naturgerechte Landwirtschaft steckt noch immer in einer Nische, statt zur Normalität zu werden.

Seit Jahren wird unendlich viel Geld in den Wirtschaftskreislauf gepumpt. Gewaltige Summen werden für riesige Wolkenkratzer, gigantische Spekulationsblasen und Megagewinne der Aktionäre verschwendet, statt in den Ausstieg aus dem fossilen Zeitalter, eine ökologische Infrastruktur, die Verbesserung der Ernährung oder den Schutz natürlicher Lebensgrundlagen zu fließen. Grüne Produkte und Dienstleistungen gewinnen zwar weltweit an Bedeutung, aber sie sind deutlich teurer und brauchen zahlungskräftige

Nachfrager. Soll die Versöhnung gelingen, sind Verteilungs- und Machtfragen zu klären.

Solange dies nicht gesehen wird, bleibt Öko-Öko, wie die Kurzform heißt, eine Plastikformel – biegsam und geschmeidig, mehr beruhigender Schein als tatsächliches Sein.

ÖKOLOGIE ALS ZIVILISATORISCHER GEGENENTWURF

Viele Unternehmen machen mit der Zerstörung der Natur hohe Gewinne. Industriestaaten sind nicht zuletzt deshalb ökonomisch stark, weil sie die natürlichen Ressourcen im großen Stil ausbeuten. Das steht in einem engen Zusammenhang mit der „Entbettung“ der Ökonomie aus gesellschaftlichen und politischen Bindungen, mit der Spaltung der Welt zwischen Nord und Süd, mit demokratischen Defiziten und sozialen Ungleichheiten.

Von daher muss der ökologische Umbau zu einem gesellschaftlichen Reformprojekt gemacht werden. Er ist mit großen Belastungen und Umverteilungen verbunden. Ohne neue politische Rahmensetzungen sind in erster Linie sozial schwächere Gruppen davon betroffen, die zudem in ökologisch sensiblen Regionen oder einer stärker verschmutzten Umwelt leben. Die Auswirkungen der Klimaänderungen verteilen sich nämlich auf tragisch ungerechte Weise und schädigen vor allem die ärmsten Länder, die über die geringsten Möglichkeiten verfügen, sich zu schützen, obwohl die ärmste Milliarde der Menschen nur wenig zum Klimawandel beiträgt.

Der Weg in eine solare und ökologische Wirtschaft ist deshalb eine dreifache Herausforderung: Er muss erstens gegen starke Macht- und Gewinninteressen durchgesetzt werden. Er muss zweitens die Verteilungskonflikte sozialverträglich lösen. Auch in den Entwicklungsländern kann die Natur nur geschützt werden, wenn Hunger und Armut überwunden werden, denn die Zerstörung erfolgt oft aus purer Not oder verzweifelter Abhängigkeit von internationalen Konzernen. Und er muss drittens die Welt als Ganzes in den Blick nehmen. Das ist das Notwendige und nicht das scheinbar nur Machbare.

GEGEN DIE ANGST VOR DEM UMBRUCH

Nicht, weil sie die Probleme nicht kennen, sondern aus Angst vor Abstieg und Verlust klammern sich jedoch viele Menschen an den alten Glauben des Wachstums, den sie durch die Entwicklung der letzten Jahrzehnte mit Wohlstand und Sicherheit verbinden. Emissionshandel, Öko-Steuer oder Umweltafgaben mögen wichtig sein, aber sie geben keine hinreichenden Antworten.

Allerdings gibt es auch wichtige Vorschläge und Beiträge zur sozial-ökologischen Gerechtigkeit, die zu wenig aufgegriffen werden – vom WBGU, einem Beratungsgremium der Bundesregierung, von den britischen Gesundheitswissenschaftlern Kate Pickett und Richard Wilkinson oder von dem Nachhaltigkeitsforscher Felix Ekardt. Und besonders eindrucksvoll in der ersten Enzyklika von Papst Franziskus „*Laudato Si – Über die Sorge für das gemeinsame Haus*“.

Das Eis, auf dem wir stehen, wird dünn. Deshalb geht es um eine soziale und ökologische Transformation, die beide Ziele zusammen sieht und verfolgt. Sie stellt Macht- und Verteilungsfragen in der Gesellschaft, im nationalen, europäischen und im Weltmaßstab und zwischen den Generationen und den Geschlechtern: Welche tiefgreifenden wirtschaftlichen und sozialen

Reformen sind notwendig? Wie kann mehr Gerechtigkeit verwirklicht werden? Kann die Ökologie – die Einsicht in die Endlichkeit unseres Planeten – zum Ausgangspunkt eines zivilisatorischen Gegenentwurfs werden?

WEDER MENSCHEN NOCH NATUR AUSBEUTEN

Aufgeklärte bürgerliche Mittelschichten und sozial schwächere Gruppen markieren die beiden Seiten der Debatte, was sich zugespitzt beim (notwendigen) Ausstieg aus der Verbrennung der Kohle und dem Ende des fossilen Zeitalters zeigt. Finanziell gut gestellte Bildungsbürger verdrängen oftmals die sozialen Konsequenzen ihrer ökologischen Einsichten. Schwächere Schichten sehen im ökologischen Umbau eine Gefahr für eine ausreichende Existenzsicherung. Das stellt die soziale Frage in neuer Schärfe. Dabei kann es jedoch immer weniger um die Verteilung des Zuwachses gehen, sondern um die Verwirklichung von mehr Demokratie und Gerechtigkeit in allen Bereichen der Gesellschaft.

Auch kulturelle Vorbehalte müssen überwunden werden. Eng verbunden mit der Idee der europäischen Moderne versteht sich die Arbeiterbewegung als Vorreiter des industriellen Fortschritts. Das „große Triebwerk“ (Max Weber) war eine einzige mächtige Wachstums- und Integrationsmaschine. Nachdem sie im 18. und 19. Jahrhundert die Menschen ausgebeutet hat, kam es im 20. Jahrhundert zur gewaltigen Ausplünderung natürlicher Ressourcen. In der Orientierungskrise, was Fortschritt ist, gibt es postmoderne und postindustrielle Positionen, die den Gegensatz zur Arbeiterbewegung markieren und denen in erster Linie „bürgerliche Schichten“ anhängen. Die Öko-Bewegung kann nur dann ein neues Gesellschaftsmodell verwirklichen, wenn sie alte und neue soziale Bewegungen verbindet. Grundlage müssen die beiden großen Jahrhundertideen – soziale Demokratie und ökologische Gerechtigkeit – sein. Das Leitziel ist die große Idee der Nachhaltigkeit.

GERECHTIGKEIT IM ANTHROPOZÄN

In Ausgabe 4 von *movum* beschrieben wir, dass die Menschheit an einem Wendepunkt steht. Wir leben in *Anthropozän*, in der von menschlicher Tätigkeit geprägten Epoche. In dieser Epoche sind die Menschen durch ihre industriellen Möglichkeiten zum stärksten Treiber geo-ökologischer Prozesse aufgestiegen. Das Anthropozän ist die Party auf Kosten der Natur, der Armen und künftiger Generationen.

Aber auch das heißt Anthropozän: Nur die Menschen selbst können den Kollaps verhindern. Die Menschenseit macht unsere Zivilisation stärker unverwundbar als je zuvor, so dass eine neue Qualität von Verantwortung, Reformen und Zusammenarbeit notwendig ist. Andernfalls rasen wir auf den verhängnisvollen Zeitpunkt zu, an dem das Zusammenspiel aus Klimaänderungen, Öl- und Wasserknappheit, Vernichtung der Arten und den Bedürfnissen von neun Milliarden Menschen negative Synergien erzeugen wird, die jenseits unserer Vorstellungskraft liegen.

Die Alternative zu dieser Dezivilisierung sind nicht die Freihandelsabkommen TTIP, Ceta oder Tisa, sondern die große Leitidee der *Nachhaltigkeit*, die von der sozialen und ökologischen *Solidarität* ausgeht. Von daher geht es beim Umbau um die Frage nach einem *neuen Fortschritt*.

Michael Müller, ehemaliger Umweltschaftssekretär, Bundesvorsitzender der Natur-Freunde, Vorsitzender der Atomüllkommission, Mitherausgeber von *klimaretter.info*



SOZIALE UND ÖKOLOGISCHE GERECHTIGKEIT GEHÖREN ZUSAMMEN

Text: FRANK BSIRSKKE

Soziale Gerechtigkeit steht nach wie vor hoch im Kurs. Fast 70 Prozent der Bevölkerung in Deutschland halten die Verteilung von Einkommen und Vermögen für nicht gerecht – noch Mitte der 1990er Jahre war weniger als die Hälfte dieser Auffassung. Dabei öffnet sich die Schere zwischen Arm und Reich immer weiter. Seit Beginn der 1990er Jahre ist die Ungleichheit zwischen hohen und niedrigen Einkommen in der Bundesrepublik nahezu stetig gestiegen.

Gleichzeitig konzentriert sich das Vermögen der privaten Haushalte in den Händen immer weniger Menschen. Unter den OECD-Ländern ist in Deutschland die Vermögensungleichheit besonders ausgeprägt: Ein Tausendstel der Bevölkerung, die reichsten 0,1 Prozent, besitzt etwa 22 Prozent des privaten Nettovermögens, die reichsten zehn Prozent verfügen über mehr als 60 Prozent, während 50 Prozent der Bevölkerung zusammen nur auf ein Prozent kommen – und das in einer Situation, in der gesellschaftliche Aufgaben nicht mehr ausreichend finanziert sind. Gerecht geht anders.

RUF NACH GERECHTIGKEIT IST KEINE NEIDDEBATTE

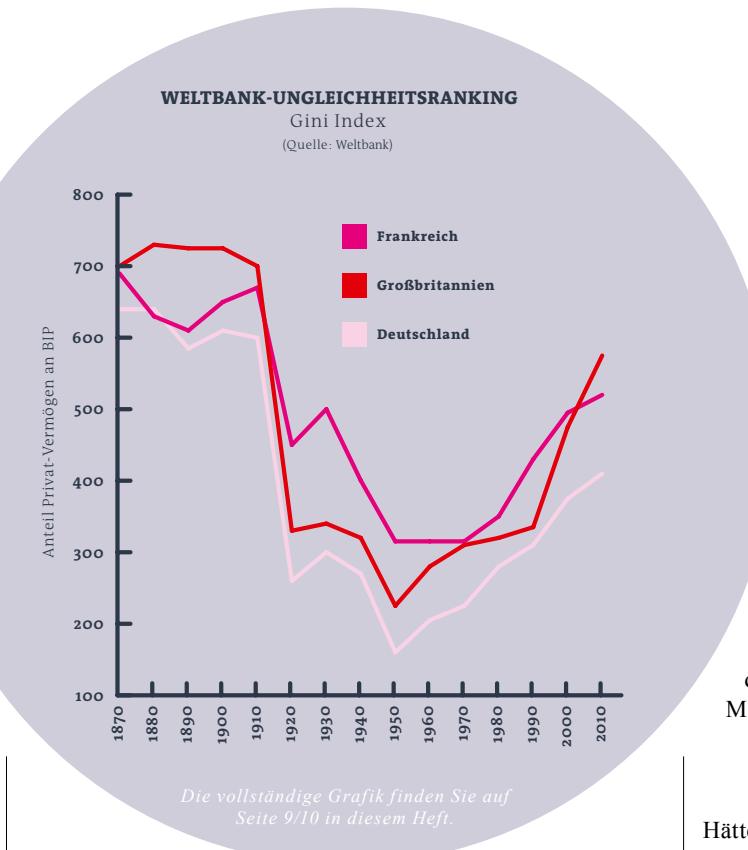
Dabei ist soziale Gerechtigkeit nicht leicht zu definieren, und gerne wird der Vorwurf erhoben, dass damit nur Neiddiskurse geführt würden. Aber es gibt klare Kriterien für soziale Gerechtigkeit, und sie haben einen unübersehbaren Bezug zur Verteilungsgerechtigkeit. Soziale Gerechtigkeit wird verletzt, wenn manche so viele Ressourcen haben, dass sie die Art und Weise des Zusammenlebens übermäßig bestimmen können – sich also ökonomische Macht in politische Macht übersetzt – und andere so arm sind, dass sie von der faktischen Teilhabe an politischen Entscheidungen und weiten Teilen des gesellschaftlichen und kulturellen Zusammenlebens ausgeschlossen sind.

Im internationalen Vergleich wird das noch einmal deutlicher. Sicherlich geht es in Deutschland gerechter zu als in manchem anderen Land. Das ist in ganz erheblichem Maß auch den Gewerkschaften zu verdanken, die in den vergangenen Jahrzehnten zur Verteilungs- und damit zur sozialen Gerechtigkeit beigetragen, Verschlechterungen verhindert und in ganz harten Zeiten wenigstens abgemildert haben. Es gibt Gesellschaften, die durch Klassen- und Rassenjustiz geprägt sind, wo Verbrechen an der Macht sind, in denen die Kluft zwischen Arm und Reich ausgeprägter und noch viel offensichtlicher ist als in Deutschland und wo das Leben ärmerer Menschen offensichtlich nicht viel zählt.

Dennoch sind gravierende Defizite sozialer Gerechtigkeit auch in der Bundesrepublik unübersehbar. Der Zusammenhang zwischen sozialer Herkunft und Bildungserfolg ist hierzulande so eng wie in kaum einem anderen Industrieland. Frauen verdienen durchschnittlich nach wie vor deutlich weniger als Männer. Viele Menschen können von ihrer Arbeit nicht leben, trotz Vollzeitarbeit. Und in Zukunft droht infolge von Rentenniveau-Absenkung und Rentenalter-Anhebung massenhaft Altersarmut und damit ein gewaltiges Gerechtigkeitsproblem.

SIND UMWELTFRAGEN PRIVATSACHE?

Außerdem muss klar sein: Einkommensarmut und Vermögenskonzentration sind nicht nur entscheidende Ursachen für fehlende soziale Gerechtigkeit, sie sind auch zentrale Hemmnisse auf dem Weg zu ökologischer Gerechtigkeit. Denn die ärmeren Teile der Bevölkerung sind von den ökologischen Folgen der massen- und



Hohe Einkommensungleichheiten zeigen eine Vergeudung menschlicher Ressourcen durch Erwerbslosigkeit und Niedriglohnjobs. Betrachtet man zudem das Verhältnis zwischen Nationaleinkommen und privatem Vermögen, erleben wir derzeit einen Rückfall in feudalistische Verhältnisse: Die Oberklasse lebt von ihrem Vermögen, während der Rest arbeitet.

energieintensiven Produktion stärker betroffen als reiche, während sie zugleich weniger für diese Folgen verantwortlich sind.

Reichere können es sich leisten, ökologisch erzeugte Lebensmittel zu kaufen, und zeigen oft auch ein ausgeprägteres Bewusstsein für ökologische Fragen. Dennoch ist ihr ökologischer Fußabdruck in der Regel größer als der Ärmerer, die sich keine großen Wohnungen oder Häuser, Autos oder Fernreisen leisten können. Investitionen in Wärmedämmung und Energieeffizienz, die Reichere eher zu stemmen vermögen, sind wichtig, aber wenn sie am Ende dazu führen, dass die entsprechenden Güter zwar ökologisch effizienter, aber in erhöhten Mengen in Anspruch genommen werden, droht ein klassischer „Rebound-Effekt“: Die ökologischen Vorteile im Einzelnen werden zunichte gemacht durch den Mengenzuwachs.

Das berührt einen empfindlichen Punkt in der Debatte, denn damit geraten bislang für rein privat gehaltene Verhaltensweisen und Konsumentscheidungen unter Rechtfertigungsdruck und das Private wird zumindest im ökologischen Sinne politisch. Einstweilen lässt sich jedoch festhalten, dass dieser Rechtfertigungsdruck die Ärmeren weniger trifft, da ihnen die entsprechenden Möglichkeiten nicht einmal zur Verfügung stehen.

Soziale und ökologische Gerechtigkeit gehören also zusammen. Aber zu sozialer Gerechtigkeit gehört mehr als die Frage von Lohnneinkommen und ökologischer Gerechtigkeit ergibt sich nicht automatisch aus einer besseren Verteilung von Einkommen und Vermögen – auch wenn das eine entscheidende Voraussetzung ist. Es geht auch um den Übergang zu einer sozial-ökologischen Dienstleistungsgesellschaft. Der forcierte Strukturwandel in Richtung Dienstleistungen ist ein wichtiger Beitrag zu sozialer Gerechtigkeit und zum ökologischen Umbau gleichermaßen. Die Ausweitung von öffentlichen und privaten Dienstleistungen ist mit einem vergleichsweise geringen Ressourcen- und Energieeinsatz möglich.

Dabei geht es um Zugang zu guten Dienstleistungen wie Bildung, Gesundheit, Pflege, es geht um eine leistungsfähige und moderne Infrastruktur zum Beispiel bei öffentlichen Verkehrsmitteln, es geht um den Ausbau erneuerbarer Energien, die über

leistungsfähige Netze auch überall verfügbar sein müssen, um Anreize und Investitionen in Kraft-Wärme-Kopplung, Wärmedämmung und Energieeffizienz. Voraussetzung dafür ist aber auch die gesellschaftliche und politische Anerkennung guter Dienstleistungsarbeit, inklusive einer besseren Bezahlung der Beschäftigten und guter Arbeitsbedingungen mit ausreichendem Personal.

Für alle bezahlbar in hoher Qualität können diese Angebote aber nur vorhanden sein, wenn sie öffentlich organisiert und finanziert werden, denn sie müssen sich am Bedarf der Menschen und nicht am Renditeziel eines privaten Unternehmens orientieren. Ein Staat, der seine Vermögensbesitzer seit 15 Jahren durch steuerpolitische Reichtumspflege entlastet, bürdet die Folgekosten den ärmeren Bevölkerungsschichten auf – bis hinein in die Mittelschicht.

DIE NÖTIGEN MITTEL SIND VORHANDEN

Hätten wir noch die Steuergesetzgebung des Jahres 1997, stünden dem Staat jährlich 50 Milliarden Euro mehr an öffentlichen Einnahmen zur Verfügung. Obendrein wurden Besitzer großer Vermögen und reiche Erben im Zuge der Finanzmarktkrise und der Bankenrettung vor Vermögensschäden bewahrt, sitzen heute auf größeren Vermögen als vor Krise, während sich der Staat mit 400 Milliarden Euro zusätzlich verschuldet hat. Geld, das jetzt für die öffentliche Daseinsvorsorge und Investitionen in ökologisch nachhaltigere Infrastruktur fehlt.

Weit man den Blick von der deutschen Situation auf die internationale und globale Ebene, treten die Herausforderungen sozialer und ökologischer Gerechtigkeit noch gravierender zutage. Die bisherige Globalisierung hat nicht nur das globale Bruttosozialprodukt gesteigert, sondern auch zu einer Zunahme der Ungleichheit in fast allen Ländern geführt. Zugleich haben sich Ressourcenverbrauch und Emissionen in einem Maße erhöht, dass in manchen Bereichen, wie beim CO₂-Ausstoß, die Grenzen der planetaren Tragfähigkeit bereits überschritten sind. Ein Kurswechsel in Richtung einer sozial-ökologischen Transformation der Globalisierung ist damit dringender denn je.

Stattdessen erleben wir mit den gerade verhandelten Abkommen wie TTIP, Ceta und Tisa jedoch das Gegenteil, nämlich den Versuch der Absicherung einer internationalen Handels- und Investitionsordnung, die privaten Profitinteressen Vorrang vor sozialen und ökologischen Fragen gibt. Letztere finden allenfalls in Nachhaltigkeitskapiteln Erwähnung, die jedoch im Unterschied zu den Liberalisierungs- und Investitionsschutzregeln unverbindlich sind.

Für eine sozial gerechte und ökologisch nachhaltige Globalisierung müsste es jedoch umgekehrt sein: Im Vordergrund stehen müssen der Ausbau erneuerbarer Energien, mehr Ressourceneffizienz und -schonung, eine öffentliche Daseinsvorsorge, die sich am Bedarf der Bevölkerung orientiert, und die Förderung einer Einkommensverteilung, die es auch den Ärmeren ermöglicht, ihre Bedürfnisse auf ökologisch nachhaltige Weise zu befriedigen.

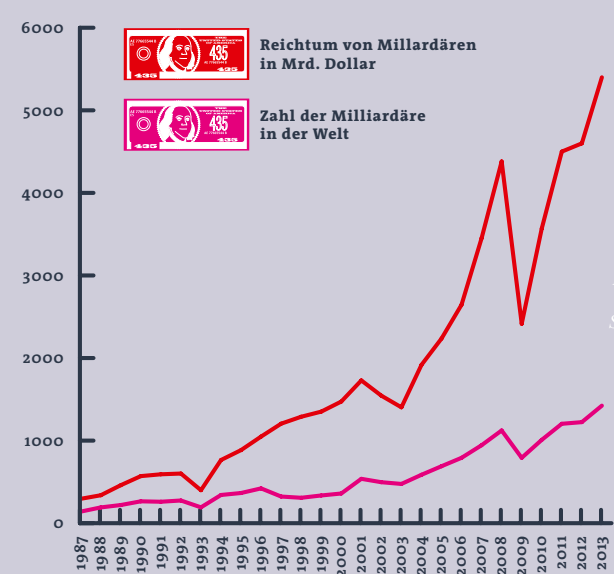
Auf nationaler wie auf internationaler Ebene gilt: Wer ökologische Gerechtigkeit will, darf die soziale Gerechtigkeit nicht aus den Augen verlieren.

Frank Bsirske, Vorsitzender der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di) seit 2001



ANGST, NICHT AUSREICHEND LEBENSMITTEL KAUFEN ZU KÖNNEN (%)

(Quelle: OECD Society at a glance 2014)



Die Zahl der Menschen, die auch in reichen Ländern Angst haben, nicht ausreichend Lebensmittel kaufen zu können, nimmt zu. – Gleichzeitig steigt die Zahl der Milliardäre.

NEUER ANLAUF ZU GLOBALEN NACHHALTIGKEITSZIELEN

Text: IMME SCHOLZ

Im kommenden September soll die Generalversammlung der Vereinten Nationen eine neue „Post-2015-Agenda für Entwicklung“ verabschieden. Deren Herzstück sind 17 universelle Ziele für eine nachhaltige Entwicklung (Sustainable Development Goals, SDGs). Der erste Entwurf für diese neue Agenda wurde Anfang Juni vorgelegt, die Verhandlungen dazu sollten Ende Juli abgeschlossen werden. Diese Post-2015-Agenda wird aus vier Teilen bestehen: einer einleitenden Erklärung, den Zielen selbst, einem Kapitel zu den Mitteln für die Umsetzung einschließlich der Finanzierung und schließlich einem Kapitel zu Monitoring, Berichterstattung und Überprüfung. Sie wird einen gemeinsamen Zielhorizont bis 2030 haben und für alle Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen gelten.

Bisher bestand die Entwicklungsagenda der Vereinten Nationen aus den Millenniumsentwicklungszielen (Millennium Development Goals, MDGs): sieben Ziele, die sich auf die Verbesserung der Situation in Entwicklungsländern richteten, und ein Ziel, mit dem die Industrieländer aufgefordert wurden, die armen Länder dabei zu unterstützen. Die Ziele eins bis sechs bezogen sich auf die Verringerung von Armut und Hunger, mehr Bildung, die Gleichberechtigung der Frauen und auf Gesundheit.

Umwelt- und Ressourcenschutz wurde in Ziel sieben angesprochen. Mit seinen Teilzielen Klima- und Biodiversitätsschutz, Wasserversorgung und Lebensbedingungen in Städten umfasste es in einem Ziel Themen, die auf der neuen Zielliste fünf SDGs betreffen. Doch die Berichterstattung zur praktischen Umsetzung von „MDG 7“ beschränkte sich im Wesentlichen auf den Zugang zu Trinkwasser und sanitären Anlagen. Und so sieht die Bilanz nach 15 Jahren denn auch ziemlich schlecht aus. Die Treibhausgasemissionen sind global gestiegen, statt zu fallen; der Verlust an Wäldern und das Artensterben sind nicht aufgehalten worden; die Bewirtschaftung der Wasserressourcen hat sich nicht verbessert.

NEUE UN-ZIELE SIND ERGEBNIS DER MACHTVERSCHIEBUNG

An diesen Beispielen wird deutlich, dass es unsinnig sein kann, Ziele nur für die Entwicklungsländer festzuschreiben. Auch viele Industrieländer haben ihre klimapolitische Verantwortung nicht erfüllt, ebenso mangelte es an Fortschritten beim Artenschutz oder beim Schutz ihrer Grundwasservorkommen. Die Folgen dieser Versäumnisse werden nicht nur für zukünftige Generationen in den Industrieländern spürbar werden.

Die Industrieländer sind aber als Kooperationspartner unverzichtbar: Sie verfügen über den Großteil der vorhandenen Wissens-, Forschungs- und Innovationskapazitäten, mit denen Produktions- und Konsummuster umweltverträglicher gestaltet werden können; und Entwicklungsländer sind auf diese Kapazitäten angewiesen, wollen sie bei dem Umbau dabei sein.

Die SDGs wurden im Rahmen von Verhandlungen zwischen Regierungen erarbeitet, an denen auch nichtstaatliche Akteure beteiligt waren. Die MDGs waren noch von entwicklungspolitischen Experten festgelegt worden; die Entwicklungsländer selbst hatten darauf keinen Einfluss. Dieser Unterschied spiegelt die ökonomischen und politischen Machtverschiebungen der letzten Dekade wieder.

Seit 2000 hat sich die wirtschaftliche und politische Lage vieler Entwicklungsländer geändert. Statt der 60 Niedrigeinkommensländer in den 1990er Jahren zählt die Weltbank heute nur noch deren 34; die Mehrheit der Entwicklungsländer gehört nun zur Gruppe

der Länder mit (niedrigem oder hohem) mittlerem Einkommen. Die Hälfte des globalen Bruttoinlandsprodukts (BIP) stammt nach Angaben des Internationalen Währungsfonds inzwischen aus Entwicklungsländern. 2014 übertraf das BIP von Brasilien, China, Indien, Indonesien, Mexiko, Russland und der Türkei zusammen das der G7-Staaten (gemessen in Kaufkraftparitäten). Gleichzeitig haben die Entwicklungsländer insgesamt nach UN-Angaben bis 2012 ihren Anteil am Welthandel mit Gütern auf 40 Prozent und mit Dienstleistungen auf 30 Prozent steigern können.

Die alten Industrieländer haben also ihre Machtposition verloren, die ihnen im Jahr 2000 noch erlaubt hatte, die Entwicklungsziele von ihren Experten definieren zu lassen. Und will man tatsächlich menschlichen Wohlstand in den Grenzen des Erdsystems erreichen, so muss dies durch Veränderungen, mehr Kooperation und Verhandlungen in allen Ländern dieser Welt erreicht werden.



Foto: spidave / Pixabay • Design: Adrien Tasic

ZIELE FÜR DIE MENSCHEN, ZIELE FÜR DEN PLANETEN

Die vorliegenden 17 Ziele und 169 Unterziele spiegeln den politischen Kompromiss wieder, der nun zwischen Staaten mit sehr unterschiedlichen sozio-ökonomischen Gegebenheiten, politischen Verhältnissen und Konzepten von wirtschaftlicher und menschlicher Entwicklung möglich gewesen ist. Bei den Zielen lassen sich drei Gruppen unterscheiden.

Die Ziele 1 bis 5 (Armut, Hunger; Gesundheit, Bildung, Gender) sowie 7 bis 10 (Energie, Wachstum und Beschäftigung, Infrastruktur, Industrialisierung, Innovation, Ungleichheit) können der Kategorie people zugeordnet werden: Menschliche Bedürfnisse stehen bei diesen neun Zielen aus der ersten Gruppe im Vordergrund.

Vier Ziele sind dagegen der Kategorie planet gewidmet: Ziel 12 (Konsum- und Produktionsmuster), 13 (Klimawandel), 14 (Schutz der Ozeane) und 15 (Schutz der Landökosysteme und der Biodiversität).

Hinzu kommen vier Ziele, die eine Kombination von people und planet abdecken, nämlich die Ziele 6 (Wasser), 11 (Städte), 16 (friedliche und inklusive Gesellschaften) und 17 (globale Partnerschaft); auch Ziel 2 macht Aussagen zur ökologischen Dimension und Krisenfestigkeit der Agrarwirtschaft und könnte daher ebenfalls zu dieser Gruppe gezählt werden.

Entscheidend wird sein, ob es bei der Umsetzung gelingt, die Wechselwirkungen zwischen den verschiedenen Ziel- und Handlungsfeldern zu beachten und Zielkonflikte zwischen Wirtschaftswachstum, Armutsverringerung und Umweltschutz zu bearbeiten.

DEKARBONISIERUNG IST KEIN THEMA

Die 17 SDGs werden die Matrix der Themen umreißen, um die sich die Vereinten Nationen in den kommenden Jahren kümmern müssen. Es ist gut, dass darin people, planet, peace und partnership gleichberechtigt vorkommen, auch wenn diese Unterteilung die Gefahr nicht integrierten Handelns beinhaltet. Umso wichtiger ist es zu benennen, was in den Zielen und im Entwurfstext noch fehlt, nämlich zwei zentrale Begriffe: die „Dekarbonisierung“ von Produktion und Konsum sowie die „planetaren Grenzen“.

Ebenso fehlt häufig die Benennung und Bearbeitung von Ursachen hinter den aufgeführten Problemen. Das wird besonders deutlich bei Ziel 15 „Terrestrische Ökosysteme“, das die treibenden Faktoren hinter den Wald- und Biodiversitätsverlusten verschweigt und auch vernachlässigt, dass die Bereitstellung von mehr Mitteln für den Biodiversitätsschutz allein keinen Erfolg garantiert.

Benannt wird hingegen in Ziel 17 wie in Ziel 9, dass die Kooperation im Bereich von Forschung, Technologieentwicklung und -bereitstellung dringend verstärkt werden muss. Eine „Große Transformation“, wie sie die Regierungsberater vom WBGU fordern, setzt voraus, dass allen Ländern der Anschluss an die „Wissensgesellschaft“ ermöglicht wird, um das Ziel von mehr Wohlstand für alle innerhalb der Grenzen des Erdsystems zu erreichen.

Die Post-2015-Agenda soll durch die Nationalstaaten umgesetzt werden – Veränderungen sollen das Ergebnis transformativen nationalen Handelns sein. In Deutschland soll die nationale Nachhaltigkeitsstrategie den Rahmen für die Umsetzung der Agenda bilden; am 29. Oktober beginnt der öffentliche Konsultationsprozess dazu mit einer Konferenz in Berlin. Das bedeutet, dass Ziele erarbeitet werden müssen, die nicht nur Nachhaltigkeit in Deutschland gewährleisten, sondern auch die negativen ökologischen und sozialen Folgen von Produktion und Konsum in Deutschland für Drittländer verringern.

Ebenso wichtig ist es, Perspektiven für die Umsetzung mit den Ländern und Kommunen zu benennen und Akteure aus Zivilgesellschaft, Wirtschaft und Wissenschaft dazu anzuregen, sich an der Post-2015-Agenda zu beteiligen. Das sollte auch schon bei der Erarbeitung des nationalen Umsetzungsplans geschehen. Auch die Bundesländer, die eigene Nachhaltigkeitsstrategien entwickeln oder überarbeiten, haben diese Möglichkeit. Öffentliche Konsultationen können die Diskussion über zukünftige Ziele und Maßnahmen breiter verankern und die verschiedenen Akteure dazu ermutigen, eigene Initiativen für eine transformative soziale Praxis zu entwickeln.

Imme Scholz, stellvertretende Direktorin des Deutschen Instituts für Entwicklungspolitik und Mitglied des Rates für nachhaltige Entwicklung.



„WIR STERBEN LEISE“ KLIMAWANDEL IM TSCHAD

Interview: SUSANNE GÖTZE

Hitzewellen, Starkregen und unregelmäßige Jahreszeiten: Das Wetter in der Sahelzone ist außer Kontrolle geraten, berichtet Hindou Oumarou Ibrahim aus dem Tschad. Die Folgen für Mensch und Ökosystem seien verheerend und nur ein Vorgeschmack auf die globalen Klimaveränderungen, meint die 32-jährige Nomadin vom Volk der Wodaabe. Bei den UN-Verhandlungen für einen globalen Klimaschutzvertrag warnte sie die Diplomaten: Wenn Klima und Umwelt nicht geschützt werden, dann ist auch das Überleben der Menschheit gefährdet.

Frau Ibrahim, was tun Sie auf einer Klimakonferenz in Deutschland?

Hindou Ibrahim: Ich bin hier, um an den internationalen Klimaverhandlungen teilzunehmen. Denn diese diplomatischen Debatten sind weit weg von der sozialen und ökologischen Realität, wie ich sie jeden Tag in meinem Land erlebe. Hier geht es die ganze Zeit nur um Begriffe und Formulierungen, aber nicht um die wirklichen Probleme. Die Politiker der Industrieländer haben bei jeder Entscheidung Angst, ihrer Wirtschaft zu schaden und Wähler zu verlieren, aber sie denken überhaupt nicht an das Leben des Einzelnen. Wir im Tschad sind bereits heute von den Folgen des Klimawandels betroffen. Wir wissen, worum es hier geht. Und wir können nur warnen: Der Klimawandel kennt keine Grenzen.

Wie kommt Ihr Volk mit den veränderten klimatischen Bedingungen zurecht?

Der Klimawandel trifft vor allem die Menschen im Tschad, die auf dem Land leben und in der Landwirtschaft arbeiten, also Fischer, Jäger und Bauern. Als Nomaden züchten wir Rinder. Wir haben besonders mit Wassermangel zu kämpfen. Die Seen trocknen jetzt sehr schnell aus und die Jahreszeiten kommen nicht mehr regelmäßig, so wie es früher war. Daran kann man sehen: Es geht nicht mehr „nur“ um die Rettung der Umwelt, sondern um Menschenleben und letztendlich auch um das Überleben der Menschheit als Ganzes – uns trifft es nur zuerst.

Was hat sich klimatisch verändert?

Normalerweise haben wir drei Jahreszeiten: Die Regenzeit, die zwischen drei und sechs Monaten dauert, die sechsmonatige Trockenzeit und die kalte Jahreszeit, die etwa zwei bis vier Monate dauert. Seit 2013 haben wir nur noch zwei Jahreszeiten: die trockene, die sehr viel länger dauert, und die Regenzeit – in der es aber nicht mehr durchgehend regnet. In einigen Wochen gibt es überhaupt keinen Regen und dann kommt der Niederschlag auf einmal sehr heftig. Wir haben dann starke Überschwemmungen, die oft die Felder der Bauern zerstören. Die kalte Jahreszeit haben wir oft überhaupt nicht mehr, auch dieses Jahr nicht. Normalerweise kommt mit dieser Jahreszeit der Nebel. Dann wissen wir, dass wir eine gute Regenzeit bekommen. Damit ist es nun vorbei. Das ist einer der Gründe, warum wir in der Sahelzone die weltweit meisten degradierten, also unfruchtbar gewordenen Böden haben.

Wie wirkt sich das auf das tägliche Leben aus?

Es ist ein Kampf um Ressourcen. Bauern, Rinderzüchter und Fischer streiten sich um Wasser und Nahrungsmittel – es gibt Konflikte zwischen den Gemeinden und Stämmen. Das geht auch so weit, dass Menschen umgebracht werden. Hinzu kommen grenzüberschreitende Konflikte. Viele versuchen dorthin zu gehen, wo es noch Wasser, Weideland und Nahrungsmittel gibt. Manche von unseren Leuten sind bis in den Kongo gelaufen, wo es große Wälder gibt. Da gibt es dann natürlich Konflikte mit den Einheimischen.

Wie ist das Wetter diesen Sommer im Tschad?

Wir leiden in der jetzigen Trockenzeit unter einer unglaublichen Hitze bis zu 50 Grad. In der Wüste sind es bis zu 52 Grad. Wenn die Europäer sagen: „Es ist schön heute“, dann meinen sie, dass

die Sonne scheint, ziehen sich ein kurzes Hemd an und holen die Sonnenbrille raus. Wir fragen uns, wo wir frisches Wasser finden werden und ob wir dafür weit gehen müssen, und wir haben Angst um unsere Angehörigen.

Die Sommer sind also ungewöhnlich heiß?

Normalerweise haben wir maximal 45 Grad und das auch nicht die ganze Zeit. Mittlerweile gibt es immer mehr Hitzetote in der Trockenzeit. Diese Toten werden aber nicht gezählt. Sie sterben im Stillen. Ein Freund von mir weinte um seinen Vater, der in der Hitze gestorben war. Da sagte der Friedhofswärter zu ihm: Warum weinst du? Heute sind schon fünfzig Leute beerdigt worden. Jedes Mal, wenn es so heiß werden soll, haben wir große Angst, dass jemand krank wird, an einem Herzstillstand oder an Kreislaufversagen stirbt.



Foto: Harvey Barthorn | flickr.com • Design: Adrien Tasic

Wird in den Gemeinden über den Klimawandel diskutiert?

Anfangs sagten viele Menschen im Tschad, dass wir verdammten seien, weil der Regen nicht mehr regelmäßig kam. Wir hätten gegen Gottes Regeln verstoßen, deshalb würde er uns nun bestrafen. Jahrelang wurde gebetet und es wurden Opfergaben verteilt, damit es regnet. Sicher ist es wichtig zu beten, aber mittlerweile haben sie verstanden, dass es ein größeres Problem ist. Allerdings fehlen uns die Lösungen. Wir haben noch nie eines der Anpassungsprojekte gesehen, von denen auf den Klimakonferenzen die Rede ist. Die Menschen werden alleingelassen und müssen sich auf ihre traditionellen Hilfsmittel verlassen.

Wie versuchen die Gemeinschaften sich zu schützen?

Es geht vor allem um einen Erfahrungsaustausch, wann welches Wetter kommt. Ob es regnet oder nicht, entscheidet darüber, ob wir weiterziehen. Anhand einiger Früchte können wir sogar ungefähr sehen, wie viel es im nächsten Jahr regnen wird. Wenn sie wenig Fruchtsaft enthalten, bereitet sich der Baum auf ein regenarmes Jahr vor. Für die Tagesvorhersagen schauen wir uns die Wolken an, um zu wissen, ob sie schwarz genug sind und Regen bringen. Auch der Wind erzählt uns, wann der nächste Regen kommt. Wenn die Insekten aus der Erde kommen und ihre weißen Eier in Sicherheit zu bringen, packen auch wir Menschen unsere Sachen, um uns vor dem Regen zu schützen.

Welche Rolle spielen die Frauen in dieser schwierigen Zeit?

Die Frauen bleiben immer öfter allein mit der Familie zurück, weil ihre Männer in die Städte oder in andere Regionen wandern. Die Männer versuchen, dort Arbeit zu finden und das Geld zu ihren Familien zu schicken. Die familiäre Last liegt in dieser Zeit auf den Schultern der Frauen, die sich um die Alten und die Kinder kümmern müssen. Man spricht viel zu wenig über diesen alltäglichen Kampf der Frauen um ihre Familien. Sie opfern ihr Leben, um die Familie zu retten.

Wie sollte denn die internationale Gemeinschaft den Frauen und Familien helfen?

Es gibt inzwischen Instrumente wie den Green Climate Fund und den Adaptation Fund. Allerdings ist der Zugang zu diesen Hilfen sehr schwierig. Das meiste Geld aus dem Anpassungsfonds ist nach China gegangen, weil man dort die Ressourcen hat, die Gelder zu beantragen. Wir befürchten, dass es mit dem Green Climate Fund ähnlich wird. Die großen Länder werden wieder einen Großteil der Gelder einstreichen und die ärmsten und kleinsten Länder werden es nicht schaffen, Strukturen der Geldverwaltung aufzubauen. Außerdem reichen die Hilfen keineswegs aus. Auf den UN-Verhandlungen geht es immer um Hilfen ab 2020 – aber bis dahin sind es noch fünf Jahre!

Was wollen Sie den Klimadiplomaten mit auf den Weg geben?

Ich will ihnen sagen, dass der Mensch im Zentrum der Verhandlungen stehen muss. Denn es ist der Mensch, der den Klimawandel verursacht hat. Der Mensch muss dieses Problem also auch lösen. Wenn wir uns immer neue Mechanismen ausdenken, wie der Markt das Klimaproblem lösen soll, wird es nie funktionieren. Vielleicht muss es erst eine große Katastrophe in einem Industrieland geben, damit die Politiker dort aufwachen. Sie können sich einfach nicht vorstellen, was es bedeutet, mit diesem Wetter zu leben, das außer Kontrolle geraten ist. Wir im Tschad erleben schon die schrecklichen Folgen der Klimaveränderung – aber wir haben keine Stimme.

Hindou Oumarou Ibrahim, Koordinatorin der Association des Femmes Peules Autochtones du Tchad (AFPAT), die sich für die Stärkung indigener Frauen einsetzt.



GLOBALE UMWELTGERECHTIGKEIT

EINE ANTWORT AUF DIE MULTIPLE KRISE DES NEOLIBERALISMUS

Text: ULRICH BRAND

Die Frage der Gerechtigkeit muss im Mittelpunkt stehen, wenn es darum geht, eine für alle Menschen attraktive, das heißt lebbar-Produktions- und Lebensweise zu entwickeln. Es geht dabei um Formen des globalen und solidarischen Zusammenlebens, die nicht die natürlichen Lebensgrundlagen und damit die Chancen künftiger Generationen gefährden.

Deshalb sollte auch die Umweltbewegung deutlich sagen, dass wir eine multiple Krise des neoliberalen Kapitalismus erleben. Die Wirtschafts- und Finanzkrise kann nicht von der ökologischen und demokratischen Krise sowie von jener der Gerechtigkeit getrennt werden. Diese Sichtweise soll niemanden entmächtigen („es ist alles undurchschaubar und kompliziert“), sondern im Gegenteil das Argument stärken, dass für die Bearbeitung der multiplen Krise die neoliberale Sparpolitik schädlich ist, aber keynesianische und rein auf Wachstum setzende Politik auch nicht ausreicht.

GERECHTIGKEIT UND ÖKOLOGIE VERBINDEN

Der Begriff der ökologischen Gerechtigkeit als Kernelement einer sozial-ökologischen Transformation kann einer solchen Trennung der Krisenelemente entgegenarbeiten. Er wurde erstmals von der US-amerikanischen Bürgerrechtsbewegung in den 1980er Jahren verwendet. „Umweltrassismus“ wurden Praktiken genannt, Mülldeponien in der Nähe oder sogar in Stadtteilen zu unterhalten, in denen mehrheitlich Menschen mit dunkler Hautfarbe leben. Deutlich wurde, dass die Ursachen und Auswirkungen von Umweltproblemen gesellschaftlich nicht neutral sind, sondern ärmere und rassifizierte Menschen, tendenziell auch Frauen stärker von Problemen betroffen sind. Wer wohnt nahe der Industrie- und Gewerbegebiete oder an lauten Straßen? Wo sind die luftverschmutzenden Busbahnhöfe oder Einflugskleisen von Flughäfen? Wer kann sich keine guten Lebensmittel leisten?

Ein Blick auf den globalen Süden, wo der Begriff der ökologischen Gerechtigkeit heute in vielen Auseinandersetzungen zentral ist, macht das noch deutlicher. Ländliche und vor allem indigene Gemeinschaften sind traditionell von Ungerechtigkeit betroffen, weil der Zugang zu Land ungleich verteilt ist. Für „Entwicklungsmaßnahmen“ wird ihnen das Wenige mitunter auch noch weggenommen. Die Errichtung von Industrieanlagen führt etwa zur Verschmutzung von Flüssen und nimmt den KleinbäuerInnen und -fischerInnen ihre Lebensgrundlagen. Frauen sind stärker betroffen, weil sie sich besonders um die alltägliche Reproduktion kümmern und bei schlechterem Zugang zu Wasser oder anderen Lebensmitteln deutlich mehr arbeiten müssen.

Die Auswirkungen von Umweltzerstörungen sind hier viel präsenter: in den Armenvierteln, wo das alltägliche Desaster herrscht, keinen Zugang zu ökologisch und sozial angemessener Grundversorgung zu haben. Oder in den Bergbauregionen, in denen Kohle, Kupfer oder Zink für Industrie und Konsum im globalen Norden gefördert wird.

WAS IST GERECHT?

Was Gerechtigkeit konkret bedeutet, ist historisch durchaus variabel. So haben sich in den Gesellschaften des globalen Nordens Vorstellungen durchgesetzt, denen es vor allem um innergesellschaftliche Gerechtigkeit geht. Die EU könnte in diesen Wochen daran zerschellen, dass es kein europäisch ausgebildetes Gerechtigkeitsbewusstsein gibt.

Zum Zweiten geht es meist um Verteilungsgerechtigkeit. Wie aber der „ökonomische Kuchen“ gebacken wird – nämlich enorm ressourcen- und emissionsintensiv – wird kaum gefragt.

Anliegen für Umweltgerechtigkeit spielen in Europa bislang kaum eine Rolle. Das sollte sich ändern. Denn eine sozial-ökologische Transformation bedeutet ja, dass Nahrungsmittel, Gebrauchsgüter oder Wohnraum fair und ökologisch produziert werden, dass es gute öffentliche Dienstleistungen und Produkte für alle gibt. Es geht darum, dass in der Erwerbs- und Nichterwerbs-Arbeit, im sonstigen Alltag und in der Freizeit möglichst alle Menschen eine hohe Lebensqualität haben – und das sind eben nicht nur materielle Güter.

Negative Umweltauswirkungen wie Lärm und Staub sollten gleichverteilt werden. Denn dann würden sie auch gemeinsam bewältigt.

Fragen sozialer und ökologischer Gerechtigkeit geraten besonders durch die weiterhin starken Tendenzen der Neoliberalisierung unter Druck. Wenn es „der Markt“ richten soll, dann tut er es eben für jene, die das Geld haben, um am Markt zu agieren, sich entsprechende Güter und Dienstleistungen für den Lebensunterhalt zu kaufen oder zu mieten.

Auch hier können wir vom globalen Süden lernen. Es gab und gibt weiterhin soziale Bewegungen und progressive Verbände gegen die immer weitere Inwertsetzung von Natur für den kapitalistischen (Welt-)Markt – und damit gegen die Aufrechterhaltung und Ausweitung einer „imperialen Lebensweise“, die ganz selbstverständlich im Supermarkt in Baltimore oder Berlin, in Beijing oder Buenos Aires auf billige Arbeitskraft und übernutzte Ressourcen zurückgreift. Es sind Auseinandersetzungen um ökologische und soziale Gerechtigkeit entlang der *commodity frontier*, also des Anspruchs von Kapital und Staat, immer mehr Natur in Waren zu verwandeln.

Das bedeutet nicht, per se gegen die Förderung und den Verkauf von Ressourcen zu sein. In vielen lateinamerikanischen Ländern haben die hohen Preise und die starke Nachfrage auf dem Weltmarkt sowie eine gerechtere Verteilungspolitik zu Wohlstandsgewinnen bei breiten Bevölkerungsschichten geführt. Umweltgerechtigkeit ist aber ein Einsatzpunkt gegen einen zerstörerischen und im Endeffekt ungerechten Ressourcen-Extraktivismus um jeden Preis. Und für eine andere, eben nachhaltige und solidarische Produktions- und Lebensweise (die natürlich auch natürlicher Ressourcen bedarf).

Globale ökologische Gerechtigkeit bedeutet, hier bei uns die vorherrschende ressourcenintensive und zerstörerische Produktions- und Lebensweise umzubauen. Das darf nicht zu Lasten schwächerer Bevölkerungsgruppen gehen (etwa bei der notwendigen Konversion der Automobilindustrie), deshalb werden neben sozialen Bewegungen und Umweltverbänden auch die Gewerkschaften und die Beschäftigten selbst eine wichtige Rolle spielen.

Globale ökologische Gerechtigkeit schließt ein, dass Industrien aus dem globalen Norden nicht aus dem Grund in den Süden verlagert werden dürfen, weil dort die Sozial- und Umweltstandards niedriger und entsprechend die Profite der Unternehmen höher sind. Damit sind wir bei Macht- und Eigentumsfragen, bei der Verfügung über die gesellschaftliche Investitionsfunktion und bei der Frage, welche Entwicklungslogik jeweils dominiert: eine auf kapitalistisch getriebenem Wachstum und Profit basierende oder eine, die ein auskömmliches Leben für alle, einen hohen Stellenwert von Gemeingütern und öffentlichen Dienstleistungen sowie einen ernstzunehmenden Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen ermöglicht.

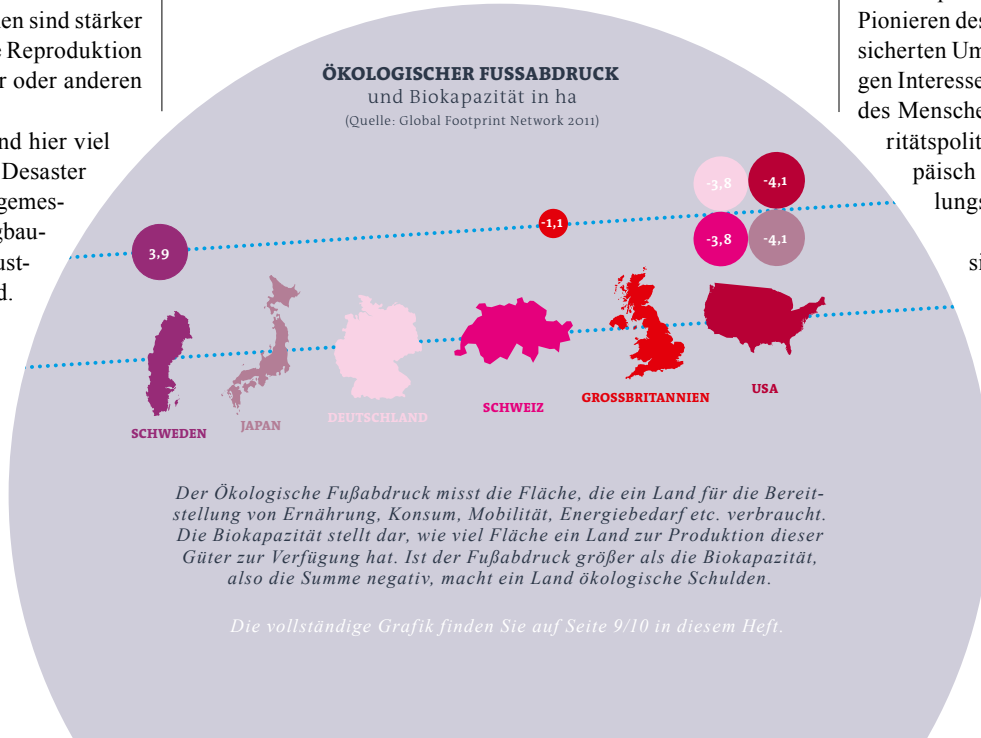
WIE WEITER IN EUROPA?

Wir erleben im Sommer 2015 einen Angriff auf die Grundfesten Europas. Die nicht mehr nur autoritäre und neoliberale, sondern nun auch offen neoimperialistische Politik der Bundesregierung und der EU-Institutionen wird weit über die Euro- und Schuldenkrise hinaus Auswirkungen haben. Vorstellungen von Gerechtigkeit oder Solidarität, aber auch konstruktiver Streit für eine bessere Gesellschaft werden deutlich abgewertet. Sie werden dem Sparzwang, einer technokratischen Elite und den Interessen der ökonomisch Mächtigen untergeordnet. Ein vermeintlicher Sachzwang für den Standort, de facto ein Angriff auf soziale Rechte. Die meisten Medien machen dieses brutale Spiel mit.

Die aktuelle Konstellation betrifft auch Umweltanliegen. Sie werden in einen Korridor „ökologischer Modernisierung“ gepfercht, bei dem Umweltpolitik vor allem aus Innovationen von Technik und Lebensstilen besteht, dem Standort und mächtigen Wirtschaftsakteuren aber nicht schaden darf (siehe die aktuelle Auseinandersetzungen um die Kohle). Eine nachhaltige und solidarische Produktions- und Lebensweise fällt von der Tagesordnung. Doch sie muss genau dorthin! Über vielfältige Ansätze und Ausprobieren in unterschiedlichen Bereichen, angefangen von Pionieren des Wandels bis zu meist hart erkämpften staatlich abgesicherten Umbauprozessen, über Kritik und Konflikte mit mächtigen Interessen. Wir sollten an der „Idee der sozialen Emanzipation des Menschen“ (Michael Müller) gerade in diesen Jahren austärkungs- und global ausformulieren und mit konkreter Handlungsfähigkeit verbinden.

Die aktuelle Einsicht in diesen Tagen lautet: Progressive Politik ist auf europäischer Ebene auf absehbare Zeit kaum möglich. Sie muss wohl anders gedacht werden, wofür wir dringend angemessener Diskussionsräume bedürfen. Die Umweltverbände und die nicht in den Verbänden organisierte Umweltbewegung spielen hier eine zentrale Rolle.

Ulrich Brand, Professor für Internationale Politik an der Universität Wien, arbeitet zu Ressourcen- und Umweltpolitik



DREIMAL GERECHTIGKEIT

ZUKUNFTSRÄTE FÜR MEHR-GENERATIONEN-DIALOGE

„Selbst eine ganze Gesellschaft, eine Nation, ja alle gleichzeitigen Gesellschaften zusammengenommen, sind nicht Eigentümer der Erde. Sie sind nur ihre Besitzer, ihre Nutznießer, und haben sie als boni patres familias den nachfolgenden Generationen verbessert zu hinterlassen.“ – Karl Marx

Text: CLAUS LEGGEWIE

Gerechtigkeit ist ein dauernder Streitfall, an dem Gesellschaften ihr Selbstverständnis entwickeln und schärfen. Zur Konkretisierung des Themas „Politische Gerechtigkeit“ bietet sich ein Beispiel an, das die Weltgemeinschaft in den letzten Jahrzehnten beschäftigt: Wie können die Lasten der Klimawandel-Folgen (und entsprechend des globalen Klimaschutzes) gerecht verteilt werden?

Spontan ungerecht finden wir, wenn reiche Länder im Norden der Weltgesellschaft als Hauptverursacher des Klimawandels (und anderer Bedrohungen des Erdsystems) Business as usual machen, also ihre Produktions-, Konsum- und Lebensstile weiterführen, während der Süden die Folgen des Klimawandels durch Dürren, Überschwemmungen und andere Extremwetterereignisse hauptsächlich zu verkraften hätte. Hier muss ein Nord-Süd-Ausgleich greifen, indem etwa Deutschland, das sein CO₂-Budget längst verbraucht hat, anderswo, wo das noch nicht der Fall ist, Verschmutzungsrechte kauft, deren Erträge in erneuerbare Energien investiert werden können. Oder wenn reiche Länder Klimaversicherungen für besonders betroffenen Regionen abschließen und Anpassungsmaßnahmen finanzieren.

DIE DEKARBONISIERUNGSVERLIERER

Eine andere Ungerechtigkeit beschäftigt die Medienberichte: Zahlungskräftige Mittelschichten installieren sich subventionierte Photovoltaikanlagen auf den Dächern ihrer Eigenheime, während steigende Strompreise weniger zahlungskräftige Schichten besonders treffen. Und wenn im Zuge der Energiewende spezielle „Dekarbonisierungsverlierer“ entstehen – wie die Unternehmen und Beschäftigten der Stromversorgungsunternehmen, die auf den Abbau von Braunkohle gesetzt haben und nun emissionsintensive Kraftwerke abschalten oder herunterfahren sollen –, dann werden Ausnahmen und materielle Kompensationen gefordert.

Als zutiefst unangemessen wird schließlich empfunden, wenn „wir“, die heute Lebenden, unseren Nachkommen eine Welt hinterlassen, in denen sie die Folgen des gefährlichen Klimawandels in Form kostspieliger Katastrophen und Zwangsmobilität massiv zu spüren bekommen. Wenn die Heutigen es den Künftigen überlassen, den Karren aus dem Dreck zu ziehen und mit den Folgen gestrigen und heutigen Tuns klarzukommen. Wenn es ihnen nicht besser gehen wird, sondern eventuell viel schlechter.

Drei Verteilungskonflikte überlagern sich hier: Erstens dürfen Hochemissionsländer weniger entwickelten Gesellschaften nicht vorzählen, kein CO₂ mehr zu verbrauchen, nachdem sie über Jahrzehnte die Atmosphäre belastet haben, speziell seit den 1880er Jahren mit dem Durchbruch einer von fossilen Energiequellen getragenen Industrialisierung. Hier haben die reichen Länder eine historische Verantwortung, die einen Großteil der Lasten des Klimaschutzes auf ihre Schultern legen muss.

Doch zweitens dürfen auch Entwicklungs- und Schwellenländer ihre eigene Zukunftsverantwortung nicht von sich weisen. Hier kommt der Gleichheitsgrundsatz zum Tragen – jede Erdenbewohnerin und jeder Erdenbewohner ist für das Schicksal des Blauen Planeten gleichermaßen (und nach den jeweiligen Möglichkeiten) verantwortlich. Wir haben, heißt deshalb die Formel der Klimaverhandler, eine gemeinsame, aber differenzierte Verantwortung. Drittens schließlich dürfen die Lasten der Dekarbonisierung



Foto: Arny Amber | Pixabay • Design: Adriano Tatic

(zum Beispiel der Energiewende) nicht überproportional einkommensschwächere Schichten in den reichen Gesellschaften des Nordens oder den globalen Süden treffen.

Dieser dritte Punkt erscheint als intragenerationelles Problem innerhalb von (reichen wie armen) Gesellschaften lösbar, Punkt eins ist ein intragenerationelles Nord-Süd-Problem, das durch globale Kooperation gelöst werden muss. Bisher kaum betrachtet wurde der zweite Punkt: die intergenerationelle Notwendigkeit, einen gefährlichen Klimawandel zu verhindern, weil er die Lebensbedingungen künftiger Generationen rund um den Erdball radikal verschlechtern würde. Diese Herausforderung ist besonders schwer in praktische Politik zu fassen.

INTERTEMPORALE GENERATIONENGERECHTIGKEIT

Meist wird nur die temporale Generationengerechtigkeit diskutiert, also das Streben nach Gerechtigkeit zwischen jungen, mittelalten und älteren Menschen, die heute miteinander leben. Intertemporale Generationengerechtigkeit ist hingegen zu verstehen als die Gerechtigkeit zwischen Menschen, die früher lebten, die heute leben und die zukünftig leben werden, ohne in einem ausdrücklichen Verwandtschaftsbezug zu stehen: „Generationengerechtigkeit bedeutet konkret, dass die heute Jungen und nachfolgende Generationen gleichwertige Lebensgestaltungschancen besitzen sollen, wie die gegenwärtig gesellschaftlich und politisch verantwortliche Generation.“ (Andreas Scherbel, 2003)

Ex negativo formuliert: „Generationengerechtigkeit ist erreicht, wenn niemand aufgrund seiner Zugehörigkeit zu einer bestimmten Generation benachteiligt wird“ (Andrea Heubach, 2008). Manchen erscheint diese Ausrichtung auf die Rechte künftiger Generationen als unangemessene Freiheitsbeschränkung der Heutigen wie der Künftigen: Heutige sollen Verzicht leisten, ohne sicher zu sein, dass dies den Künftigen zugutekommt – Künftigen werden Produktions-, Konsum- und Lebensstile verordnet, zu denen sie sich nicht aus freien Stücken entscheiden konnten.

Der Verzicht auf aktuellen Konsum geschieht jedoch regelmäßig in der Vererbung materieller Güter. Auch durch die ideale und normative Ausstattung von Kindern in einem Bildungs- und

Erziehungsprozess greifen Eltern erheblich in die Freiheiten ihrer Kinder ein – um diese normalerweise zu fördern.

Die meisten Konflikte des 21. Jahrhunderts, bemerkte 2014 der frühere Bundespräsident Horst Köhler, bestünden nicht zwischen „uns“ und „denen“ in der heutigen Weltgesellschaft, also zwischen der „armen Welt“ und den „entwickelten Staaten“, sondern zwischen uns und unseren Enkeln, also zwischen kurz- und langfristigen Interessen. Die Umsetzung dieses Perspektivenwandels fällt nicht leicht. Wie kann man „Interessen“ oder „Ansprüche“ oder „Wünsche“ von Menschen erfassen, die noch sehr jung oder noch gar nicht geboren sind? Vor allem aber: Wie kann man dieses ungefähre Wissen in demokratische Verfahren einbringen, also vermutlichen Ansprüchen eine Stimme geben, die nicht nur metaphorisch oder moralisch-appellativ anklingt, sondern Gewicht hat im Prozess von Meinungsbildung und Entscheidungsfindung?

VON DER INKLUSION UNGEBORENER

Wenn Familienministerin Manuela Schwesig Eltern eine zusätzliche Stimme als Treuhänder ihrer noch nicht wahlberechtigten Kinder gewähren will, wirft das erhebliche verfassungsmäßige Probleme auf. Ein anderer Versuch der Inklusion ungeborener beziehungsweise noch nicht stimmberechtigter Altersgruppen, das Generationengerechtigkeitsgesetz, das über 100 junge Abgeordnete aus fast allen Parteien eingebracht haben, ist im Sande verlaufen. Doch wenn demokratische Politik über den Nationalstaat wie über die Jetztzeit hinausreicht, ist institutionelle Fantasie geboten.

Patrizia Nanz und ich schlagen deshalb einen institutionalisierten Mehr-Generationen-Dialog vor, der sich auf lebensweltliche Verbindungen zwischen älteren, mittelalten und jüngeren Menschen stützt:

Eltern geben ihren Kindern Erziehungsgrundsätze, Alltags- und Kulturtechniken und moralische Ordnungen mit, sie investieren in deren Ausbildung, oft auch in die Familiengründungen ihrer Kinder („Aussteuer“). Jüngere unterstützen Ältere durch Einzahlungen in Renten- und Pensionskassen sowie durch Fürsorge- und Pflegeleistungen. Solche Interaktionen kann man auf die intertemporale Verständigung zwischen heute und künftig Lebenden erweitern. Ansprüche künftiger Generationen werden anhand der möglichen Lebenssituation heute 15- oder 30-jähriger Personen im Jahr 2070 konkret. Wenn bis zu diesem Datum die vollständige Dekarbonisierung, also das Ende aller Emissionen von Treibhausgasen, erreicht werden soll, lässt sich dieses abstrakt wirkende Ziel am Lebenslauf konkreter Personen verlebendigen; Postulate eines veränderten Lebensstils werden in lebensweltlich relevante Szenarien und Narrative überführt.

Wir nennen das „Konsultative“, ein Geflecht dezentraler Zukunftsrate in der ganzen Republik, die als institutionalisierte Mehr-Generationen-Dialoge und eine Art „vierte Gewalt“ Legislative, Exekutive und Judikative beratend zur Seite stehen. So kann Generationengerechtigkeit praktisch werden.

Claus Leggewie lehrt Politikwissenschaften und leitet das Kulturwissenschaftliche Institut (KWI) in Essen.



GERECHTIGKEIT IST BESSER FÜR ALLE

MOVUM AUSGABE 7 "GERECHTIGKEIT", WWW.MOVUM.INFO

Konzeption: KAI NIEBERT
Umsetzung: KALISCHDESIGN.DE

2009 schrieben die Sozialmediziner Richard Wilkinson und Kate Pickett mit ihrer Studie "Gleichheit ist Glück" Schlagzeilen. Sie zeigten, dass Ungerechtigkeit und Ungleichheit direkt zu ungesünderen und unsocialeren Gesellschaften führen. Sechs Jahre später haben wir die Daten aktualisiert, ergänzt und auf OECD-Staaten zugeschnitten. Das Ergebnis: Je ungleicher die Einkommen verteilt sind, desto schlechter die Lebens- und Umweltqualität. Kurz: Gerechtigkeit ist besser für alle.

- USA
- Großbritannien
- Schweiz
- Deutschland
- Japan
- Schweden

LEBENSERWARTUNG in Jahren

(Quelle: Weltbank)

Die Lebenserwartung stieg in den OECD-Ländern in den letzten Jahren weiter an. Doch auch in Deutschland gilt: Je schlechter das Einkommen, desto stärker die Belastung mit Umweltgiften – und desto geringer die Lebenserwartung.

Kinder von Eltern mit geringem Einkommen haben die vergleichsweise höchsten Bleigehalte im Blut.
Becker et al. 2007


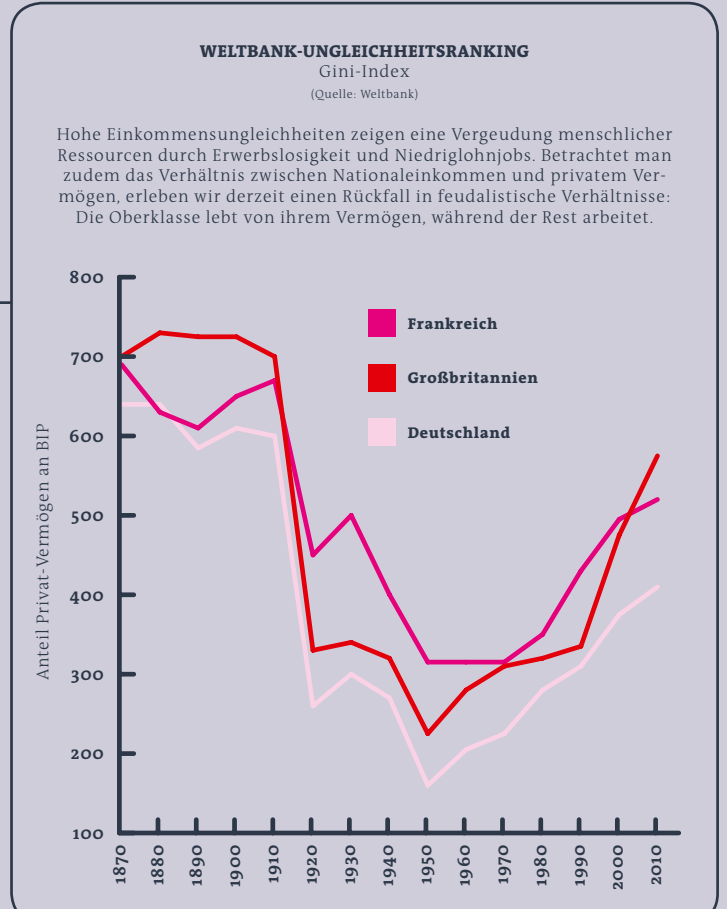
Kinder von Eltern mit geringem Einkommen sind den vergleichsweise höchsten Nikotinbelastungen ausgesetzt.
Schultz et al. 2007

Menschen mit geringem Einkommen leben häufig in Wohnbezirken, die wenige Grünflächen aufweisen.
Destatis 1998

Kinder in naturfernen Wohngebieten sehen mehr fern, spielen mehr Computer und sind weniger aktiv.
Heyns et al. 2010

Kinder, die nur eingeschränkt Zugang zu einer naturnahen Umgebung haben, sind deutlich unaufmerksamer.
Velarde et al. 2007

Je niedriger der Bildungsgrad, desto dichter liegt der Wohnort an verkehrsintensiven Straßen.
Smart/Hoffmann 2004

TEENAGER-SCHWANGERSCHAFTEN

Mütter im Alter von 15-19 Jahren pro 1000 Geburten
(Quelle: Weltbank)

Teenagerschwangerschaften gelten in vielen entwickelten Ländern als soziales Problem, denn zwischen Armut und Minderjährigen-Mutterschaft besteht ein ausgeprägter Zusammenhang. Schlecht gebildete Frauen sind stärker gefährdet, minderjährige Mütter zu werden.

ÜBERGEWICHT DER BEVÖLKERUNG

In % bei über 15-jährigen Frauen
(Quelle: OECD World Factbook 2014)

Fettleibigkeit hat in den vergangenen zehn Jahren in allen OECD-Ländern zugenommen. Dabei zeigt sich in vielen Ländern, dass Fettleibigkeit unter benachteiligten sozioökonomischen Gruppen, besonders bei Frauen, stärker verbreitet ist. Ferner besteht ein Zusammenhang zwischen dem Bildungsgrad und der Fettleibigkeit, wobei gebildete Personen niedrigere Raten aufweisen.

MORDRATE

Morde pro 100.000 Menschen
(Quelle: OECD 2013)

Den Vereinten Nationen zufolge verlieren auf der Welt jährlich fast eine halbe Million Menschen durch vorsätzliche Tötung ihr Leben, Kriege nicht mitgerechnet.

VERKEHRSTOTE

pro 1.000.000 Menschen
(Quelle: OECD 2013)

Besonders in Gesellschaften mit hohem Konkurrenzdruck hat die Zahl der SUVs stark zugenommen. Deren Halter fahren deutlich riskanter und verursachen schwerere Verletzungen.

ARMUTSRATE

Prozent der Bevölkerung, mit weniger als 50 % des mittleren Einkommens
(Quelle: OECD Society at a glance 2014)

Die Sicherung eines annehmbaren Lebensstandards und Verhinderung von Armut ist eines der Hauptziele der Sozialpolitik. Trotzdem stiegen zwischen Mitte der 1990er Jahre und Ende der 2010er Jahre die Armutsquoten in 17 von 20 OECD-Ländern.

GEFÄNGNISINSASSEN

pro 100.000 Menschen
(Quelle: ICFS 2013)

Die meisten Gefangenen weltweit leben in US-Gefängnissen – und zwar in absoluten wie in relativen Zahlen. Dabei ist die Haft nicht nur teuer, sondern auch ineffektiv für die meisten Häftlinge.

WAHLBETEILIGUNG

(Quelle: OECD Society at a glance 2011)

Die Beteiligung an Wahlen gilt als ein wichtiger Indikator für das Funktionieren von Demokratien. Wahlmüdigkeit kann dabei verschiedene Ursachen haben, gefährdet jedoch die Demokratie.

GLOBALER FRIEDENS-INDEX

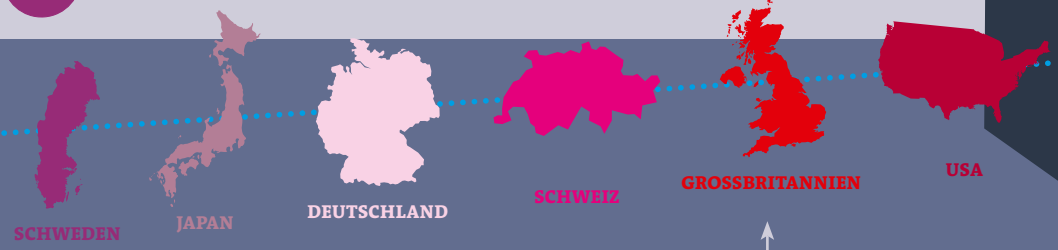
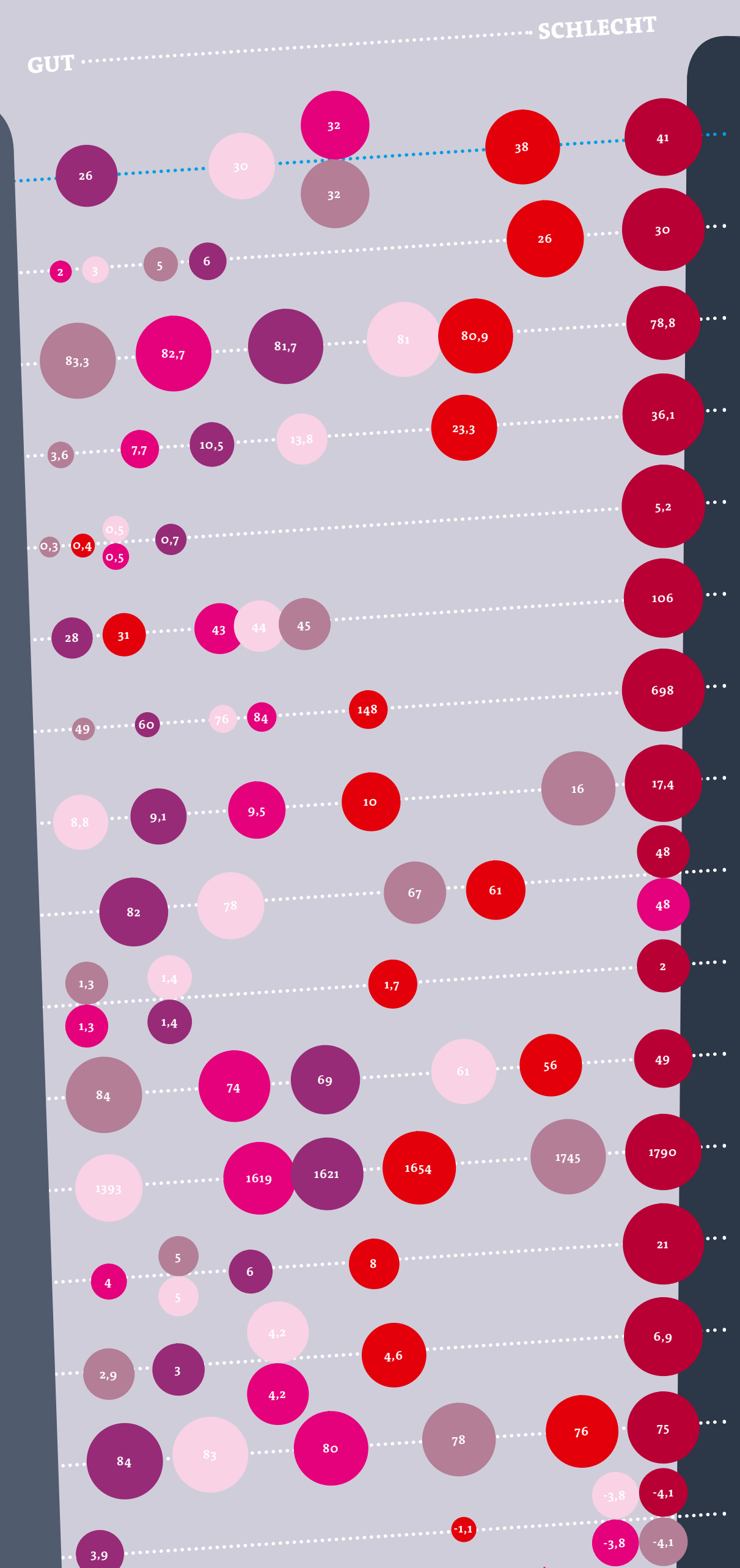
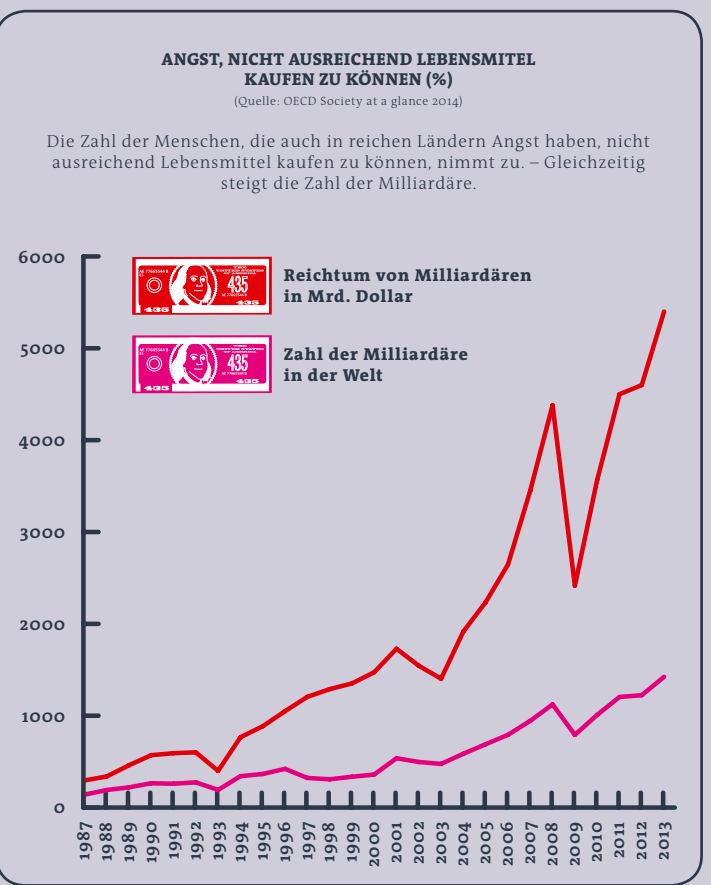
(Quelle: GPI 2015)

Der Globale Friedensindex ist der Versuch, die Friedfertigkeit von Nationen zu vergleichen. Er beinhaltet verschiedene Indikatoren wie interne und externe Konflikte, verursachte Tote usw.

ARBEITSSTUNDEN

(Quelle: OECD World Factbook 2014)

Volkswirtschaftlich betrachtet steigt mit der Arbeitszeit das Bruttoinlandsprodukt. Auf individueller Ebene ist die Motivation anders: Je ungleicher Einkommen verteilt sind, desto mehr arbeiten die Menschen, um sich einen höheren Sozialstatus zu erkämpfen.



VERTRAUEN IN ANDERE (IN %)

(Quelle: OECD Society at a glance 2011)

Das Vertrauen in die Mitmenschen und in staatliche Institutionen sind wichtige Anzeiger für einen gelungenen gesellschaftlichen Zusammenhalt.

GESAMTRANKING der Länder

Gerechtigkeitsranking der Länder basierend auf allen aufgeführten Daten zur Umwelt- und Lebensqualität.

ÖKOLOGISCHER FUSSABDRUCK und Biokapazität in ha

(Quelle: Global Footprint Network 2011)

Der Ökologische Fußabdruck misst die Fläche, die ein Land für die Bereitstellung von Ernährung, Konsum, Mobilität, Energiebedarf etc. verbraucht. Die Biokapazität stellt dar, wie viel Fläche ein Land zur Produktion dieser Güter zur Verfügung hat. Ist der Fußabdruck größer als die Biokapazität, also die Summe negativ, macht ein Land ökologische Schulden.

SICH SICHER FÜHLEN, wenn man nachts alleine unterwegs ist (in %)

(Quelle: OECD Society at a glance 2014)

Sicherheit und Kriminalitätsraten sind ein wichtiger Indikator dafür, wie frei und unbeschwert sich Menschen in einer Gesellschaft bewegen. Ein hohes Sicherheitsgefühl fördert Offenheit, soziale Kontakte und Zusammenhalt.

KINDERSTERBLICHKEIT in % pro 1000 Menschen

(Quelle: UNICEF 2014)

Die Säuglingssterblichkeit spiegelt die wirtschaftlichen und sozialen Bedingungen von Müttern und Neugeborenen, das soziale Umfeld, den Lebensstil sowie die Qualität der Gesundheitssysteme wider. Derzeit ist z.B. in Griechenland zu beobachten, wie sehr funktionierende Gesundheitssysteme und Säuglingssterblichkeit korrelieren: Seit Beginn der Wirtschaftskrise ist die Säuglingssterblichkeit entgegen dem internationalen Trend dort um 40 % gestiegen.



EINFACH EINSTEIGEN – UND LOS

Mit dem Bürgerticket weg vom autozentrierten Verkehrssystem und hin zu einem Nahverkehr für alle – das ist die Hoffnung von Bürgerinitiativen und Verkehrsforschern.

Foto: Ingolf Rickr.com

Text: JOACHIM WILLE

Ticketkauf? Unnötig. Fahrkartenautomat? Gibt's nicht mehr. Kontrolleure? Werden zu Servicekräften umgeschult. Einfach einsteigen in Bus oder Bahn – und losfahren. Egal wohin. Mit der Trambahn in die City, mit dem Regionalzug in die nächste Kreisstadt, mit dem ICE quer durch die Republik. Das „Bürgerticket“ soll es möglich machen und damit einen Quantensprung in der Nutzung des öffentlichen Nahverkehrs auslösen. So versprechen es zumindest die Befürworter dieses neuen Mobilitätsmodells. Ihr Ziel: ein Push für die „Verkehrswende“, der Aufbau einer echten Alternative zum autozentrierten Verkehrssystem.

Ein „Bürgerticket“ würde allen Bürgern den unbegrenzten Zugang zu sämtlichen öffentlichen Verkehrssystemen öffnen und überall im Land gelten, vom Stadibus an der Haltestelle vorm Haus bis zum Schnellzug der Deutschen Bahn. Das bisherige Modell, bei dem jeder Nutzer ein Ticket für die jeweilige Strecke oder eine Zeitkarte lösen muss, würde ersetzt durch einen fahrscheinlosen öffentlichen Verkehr – finanziert durch Beiträge aller Bürger und der Unternehmen sowie aus der Grundsteuer.

Nach Schätzungen des Trierer Verkehrsforschers Professor Heiner Monheim würden für einen gegenüber dem heutigen Stand deutlich ausgebauten öffentlichen Verkehr rund 100 Milliarden Euro pro Jahr gebraucht. Ein Drittel davon müssten nach seinem Modell die Bürger selbst aufbringen. Ihr Beitrag läge bei 400 Euro pro Kopf und Jahr, also rund 33 Euro pro Monat. Es wäre eine Umlage wie bei den Semestertickets für Studenten oder beim

Rundfunk-Beitrag – jeder müsste zahlen, auch wenn er Bus und Bahn nicht oder nur wenig nutzt.

Als Finanzquelle für ein weiteres Drittel schlägt der Professor eine Nahverkehrsabgabe nach französischem Vorbild („Versement transport“) vor, die von Unternehmen zu zahlen wäre. Die Wirtschaft akzeptiere diese Regelung dort, so Monheim, da sie zu erheblichen Einsparungen bei den Auto-Infrastrukturkosten, vor allem für den Bau von Mitarbeiterparkplätzen, und zum Abbau von Staus geführt habe. Das letzte Drittel würde nach dem Konzept über einen Aufschlag auf die Grundsteuer erbracht – nach dem Muster der schon bisher für Neubauten kassierten Erschließungsbeiträge. Begründung: „Eine gute Erreichbarkeit im öffentlichen Verkehr führt regelmäßig zu deutlich höheren Grundstückswerten, ohne dass bisher die Grundeigentümer als Nutznießer dafür zahlen.“

Bürgerticket-Verfechter Monheim fordert die Verkehrsministerien von Bund und Ländern und die Verkehrsverbünde auf, Modellrechnungen für ein solches Modell anzustellen. Einsparungen seien gegenzurechnen. Tatsächlich brächte das Bürgerticket nicht unerhebliche Kostensenkungen – man braucht keine Fahrkarten-Automaten und Schwarzfahrer-Kontrolleure mehr. Auch der Bau von Straßen und Parkraum könnte zurückgefahren werden, wenn viele Autofahrer auf Bus und Bahnen umsteigen. Das Deutsche Institut für Urbanistik (Difu) des Deutschen Städtetages hat das Bürgerticket-Konzept 2014 genauer untersucht. Ergebnis: Es sei grundsätzlich machbar und könne den ÖPNV voranbringen.

Monheim räumt ein, dass das Bürgerticket nur stufenweise

eingeführt werden könnte. „Die Bahn, Verkehrsverbünde und Stadtwerke bräuchten ja deutlich mehr Busse und Züge, um die Kapazitäten zu erweitern und die erwartbare Steigerung der Nachfrage zu bewältigen.“ Für denkbar hält es der Experte, die „BahnCard 100“ der Deutschen Bahn – eine Netzkarte, die auch in vielen Verkehrsverbänden gilt – zum Bürgerticket weiterzuentwickeln. Diese Mobilitätskarte könnte dann durch das Umlage-Finanzierungsmodell und den gesteigerten Absatz deutlich billiger werden. Derzeit kostet die BahnCard 100 in der 2. Klasse 4.090 Euro, also rund zehnmal so viel wie nach den Schätzungen das vorgeschlagene Bürgerticket.

Hinter der Forderung nach einem Bürgerticket stehen Fahrgastverbände, kirchliche Gruppen und die Verkehrs-Bürgerinitiativen. Unlängst hat sich der bundesweite Kongress der Umwelt- und Verkehrs-Bürgerinitiativen in Erfurt dafür ausgesprochen. Widerstände sind allerdings programmiert. Monheim ist klar: „Die Wirtschaft und die Immobilienbesitzer werden sich zunächst gegen zusätzliche Belastungen zur Mobilitätsfinanzierung sperren.“ Sie könnten aber Mittel vom Auto- zum öffentlichen Verkehr umschichten – etwa durch weniger Parkraum-Bau und Kürzungen bei den Ausgaben für Dienstwagen.

Aber es gibt noch weiteren Diskussionsbedarf. So fordert der Kasseler Verkehrsprofessor Helmut Holzzapfel, es müsse bei Einführung des Bürgertickets sichergestellt sein, dass daraus kein neuer sozialer Nachteil wird. „Arbeitslose oder Personen mit geringem Einkommen sollten nicht denselben Betrag wie ein Banker zahlen müssen.“



Foto: Gerard-Nicolas Mannes | flickr.com



Foto: Håkan Dahlström | flickr.com



Foto: Sergey Serdyuk | Adobe Stock

"WENIGER ANREIZE FÜR FOSSILE ENERGIE"

Ex-Umweltminister und Bundestagsabgeordneter Jürgen Trittin über die Ökosteuer, grüne Gerechtigkeit und den Abbau umweltschädlicher Subventionen

Interview: JÖRG STAUBE

Herr Trittin, Anfang 2002 ist die rot-grüne Ökosteuer, vielfach geschmäht, in Kraft getreten. Heute haben wir sie immer noch. Erfüllt Sie das nicht ein wenig mit Stolz?

Jürgen Trittin: Nein, eher bin ich überrascht. Schließlich haben Union und FDP jahrelang gegen die Ökosteuer Wahlkampf gemacht. Deren Ziel war ja, durch eine kontinuierliche Verteuerung eine Perspektive zu schaffen, um in alternative, ressourceneffizientere Technologien zu investieren.

Das ist dann durch die Realität komplett ausgehebelt worden. Bei den fossilen Energien gab es auf dem Weltmarkt eine Preisentwicklung, die erheblich über der Drei-Cent-Erhöpfung pro Liter Benzin durch die Ökosteuer lag. Insofern war klar, dass angesichts der realen Preise steuerliche Komponenten in der zweiten Amtszeit von Rot-Grün ab 2002 keine Rolle mehr spielten.

Viel gravierender finde ich aber: Trotz der zuletzt dramatisch gefallen Ölpreise geht Deutschland heute nicht den Weg vieler Staaten Asiens, die ihre Subventionen auf den Verbrauch fossiler Rohstoffe herunterfahren. Ökologisch schädliche Subventionen, die Verschwendung begünstigen, sind eine größere Baustelle als die Ökosteuer.

Umweltverbände argumentieren stets, eine gesunde Umwelt und die Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen seien das Sozialste überhaupt. Die Menschen aber denken nicht so abstrakt und fragen zurück: Was habe ich denn von euren Öko-Konzepten?

Die Frage ist berechtigt. Wenn man globale Gerechtigkeit will, darf der Zugriff auf die Gemeinschaftsgüter nicht so ungleich wie gegenwärtig verteilt sein. Globale Gerechtigkeit ist, auch wenn einige Grüne das so gern nicht hören, Verteilungsgerechtigkeit. Dazu kommt die Frage der Generationengerechtigkeit. Ressourcen und globale Gemeinschaftsgüter dürfen nicht so verschwendet werden, dass sie künftigen Generationen nicht zur Verfügung stehen. Das sind die beiden Kerne des grünen Gerechtigkeitsbegriffs.

All das erübrigt aber nicht die Frage, wie ich mit Gewinnern und Verlierern einer solchen Umstrukturierung umgehe. Ich habe ein Problem damit, Menschen zu sagen: „Schau mal, wir machen eine ordentliche Sanierung deiner Wohnung; das führt dazu, dass deine Nebenkosten, deine zweite Miete sinkt, weil aber die Investitionen auf die Miete umgelegt werden müssen, steigt deine erste Miete.“ Dann fragen diese Menschen zu Recht: „Ist am Ende



Jürgen Trittin war von 1998 bis 2005 Bundesumweltminister unter Bundeskanzler Gerhard Schröder und 2005 bis 2009 stellvertretender Fraktionsvorsitzender der Grünen.

sicher, dass ich nicht mehr bezahlend muss?“ Einer der Gründe, warum wir als Grüne dafür eingetreten sind, das CO₂-Gebäudesanierungsprogramm mit Steuerunterstützung zu begleiten, war, dass die Kosten für die Mieter nicht durch die Decke gehen. Bei niedrigen Einkommen haben Sie nicht die Wahl, ob Sie essen oder wohnen wollen. Und im letzten Wahlkampf bestand der Kern unseres Steuerkonzepts darin, ökologische schädliche Subventionen abzubauen, um unter anderem genau das zu finanzieren: Die energetische Gebäudesanierung sollte nicht zu Lasten der schwächsten Mieter gehen.

Darüber ist aber wenig diskutiert worden. Da traute sich niemand heran, weil wir zu offensichtlich Recht hatten. Was mich aber schon wunderte, war, dass wir dafür von den Umweltverbänden so gut wie keine Unterstützung bekamen. Die hatten sich schon vor der Wahl mit der Großen Koalition abgefunden.

2008 versuchten die Grünen, mit dem „Ökobonus“ eine soziale Komponente in die Ökosteuer zu bringen. Aus zu erhöhenden Energiesteuern sollten jährlich 100 Euro an jeden zurückfließen. Das hätte die bevorteilt, die energieeffizient leben, also Fahrrad und nicht Porsche fahren.

Man muss doch aber darauf achten, dass die Regeln einfach sind. Deswegen hab ich nie verstanden, warum viele Grüne und die Linke dagegen waren, dass man zum Beispiel Investitionen in Gebäudesanierungen von seiner Steuerschuld abziehen kann. Das klassische Argument, das würde Besserverdienende begünstigen, ist natürlich absurd. Denn nur Besserverdienende haben nun mal das Geld, das zu tun. Deswegen wäre das ein sehr billiges Programm gewesen, um die Klimaschutzziele zu erreichen. Jedenfalls billiger als all die komplizierten Ideen, wie auch der „Ökobonus“ eine war.

Ist es ein Problem von Öko- oder CO₂-Steuern, dass sie auf individuelle Lebenslagen treffen und immer ungerecht erscheinen?

Abstrakt gesehen ist da nicht so. Würden alle externalisierten Kosten wieder internalisiert, würden wir so etwas wie gerechte Preise haben. Weil man das aber praktisch nie ganz umsetzen kann, muss man sich Gedanken machen um soziale Ausgleiche. Für mich geht hier der Abbau umweltschädlicher Subventionen ebenfalls an den Kern der Frage heran.

Externalisierte Kosten zurückzuführen, hätte einen doppelten Effekt: Nicht nur, dass man Geld spart, auch der Anreiz, umweltschädliche Güter zu nutzen, würde geringer. Dann wäre auch der Aufwand für einen sozialen Ausgleich nicht so hoch.

Das ist im Vergleich anders, als wenn man umweltschädliches Verhalten bestrafen würde. Da muss ich dann vielfach, weil niemand von heute auf morgen auf ein anderes Verhalten umsteigen kann, sehr komplizierte Ausgleichs-Modelle einführen. Immer muss man sich fragen, welches Instrument zu welchem Ziel passt. Um den Massenkonsum zu steuern, würde zum Beispiel ein System wie der Emissionshandel einen riesigen bürokratischen Aufwand erfordern.

Der Eindruck ist doch: Noch weniger als vor Jahren werden Fragen von Gerechtigkeit, Ökologie und Sozialem zusammen gedacht.

Es wird getrennt gesehen, was zusammen gehört. Und das ist das große Problem, das wir haben. Wenn wir global nicht anfangen, die Ungleichheit und den Klimawandel zusammenzudenken, werden wir weder das eine noch das andere lösen. Diese einfache Wahrheit bleibt richtig.



Foto: Alois Wohlfahrt | pixabay

Der Umbau der Stromversorgung führt auch zu einem Gerechtigkeitsproblem: Während sich Hausbesitzer eine Solaranlage auf dem Dach leisten, müssen Hartz-IV-Empfänger mehr zahlen. Oder ist es doch anders?

Text: FELIX WERDERMANN

Die Aufregung war groß bei Umweltschützern und Solarfirmen, als die Bundesregierung das sogenannte Eigenstromprivileg abschaffte. Wer sich eine Photovoltaik-Anlage aufs Dach setzt und den Strom selbst benutzt, muss jetzt EEG-Umlage zahlen und damit die Energiewende finanzieren – wie die fast alle anderen Stromverbraucher auch. Als die Pläne im letzten Jahr diskutiert wurden, war von einer „Sonnensteuer“ die Rede und die Sache schien vielen Umweltschützern klar: Die Bundesregierung will die Solarbranche endgültig in den Ruin treiben, weil sich die Anlage auf dem eigenen Dach bald nicht mehr lohnt.

Übersehen wurde dabei häufig, dass hinter dieser Diskussion auch ein Gerechtigkeitsproblem steht: Die einen haben ein eigenes Haus, können sich eine eigene Solaranlage leisten und profitieren vom Eigenstromprivileg. Die anderen wohnen zur Miete, müssen den Strom von einem externen Anbieter beziehen und zahlen für das Eigenstromprivileg – selbst wenn sie Ökostrom beziehen.

Bei der Energiewende geht es immer wieder um Gerechtigkeit. Wer zahlt, wer profitiert, wer kann sich Strom noch leisten? Diese Fragen sollten Umweltschützer nicht vernachlässigen, denn letztlich hängt davon die gesellschaftliche Akzeptanz ab und damit auch der Erfolg oder das Scheitern der Energiewende.

Wie der Umbau der Stromversorgung ausbremsen werden kann, haben Peter Altmaier (CDU) und Sigmar Gabriel (SPD) vorgemacht. Altmaier behauptete als Umweltminister immer wieder, die EEG-Umlage sei zu hoch, Strom bald nicht mehr bezahlbar. Er prägte den Begriff der „Strompreisbremse“ – nach der Wahl setzte Gabriel als Energieminister das Projekt um. Die Vergütung für erneuerbare Energien wurde drastisch reduziert, der Umbau stark verlangsamt. Alles im Namen der angeblich so armen Stromkunden.

In Wirklichkeit ist Elektrizität zu billig, gemessen an den realen Kosten. Für die Klimaschäden durch Kohlekraft zahlen die Stromkunden ebenso wenig wie für die Langzeitfolgen des strahlenden Atomülls. Die externen Kosten werden in der Debatte über einen angemessenen Strompreis meist ausgeblendet. Ebenfalls ignoriert wird die Tatsache, dass die Kosten der fossilen Rohstoffe seit Jahren steigen. Am Ende bleibt nur eine Erklärung übrig: Wenn der Strom teurer wird, müssen die erneuerbaren

Energien schuld sein! Dabei sinken die Herstellungskosten für Strom aus Wind und Sonne kontinuierlich und die Vergütung wird regelmäßig angepasst.

ENERGIEWENDE ALS CHANCE – AUCH FÜR GERINGVERDIENER

Für Hartz-IV-Empfänger sind steigende Preise durchaus ein Problem. Die Antwort muss aber darin liegen, ihnen mehr Geld zu geben und ihnen beim Stromsparen zu helfen. Häufig haben gerade ärmere Menschen die ältesten Haushaltsgeräte, die besonders viel Energie schlucken. Die Bundesregierung fördert daher ein Programm, mit dem Hartz-IV-Haushalte zu Energieeffizienz beraten werden. Zudem bezuschusst sie für Empfänger von Arbeitslosengeld, Sozialhilfe oder Wohngeld den Kauf eines neuen Kühlschranks mit 150 Euro.



Auch mit wenig Geld kann man die Energiewende mitgestalten. Foto: Kathrin Henningberg

Als sich die Grünen nach vier Monaten über den Stand erkundigten, hatten sich jedoch gerade mal 190 Haushalte ein neues Gerät gekauft. Zum Vergleich: Innerhalb von zwei Jahren soll 16.000 Haushalten geholfen werden. Und selbst das ist noch wenig, derzeit leben mehr als vier Millionen Menschen von Hartz IV.

Die Energiewende verteuert aber nicht nur kurzfristig den Strom, es gibt auch Gewinner. Tausende Bürger profitieren von

der Einspeisevergütung für die Solaranlage auf dem Dach, andere schließen sich in Genossenschaften zusammen und bauen Windräder. Rund 1,5 Millionen Menschen haben nach Angaben des „Bündnisses Bürgerenergie“ in umweltfreundliche Energie investiert. Ungefähr die Hälfte aller Ökostromanlagen in Deutschland gehört Privatpersonen und Genossenschaften. Eine Beteiligung ist in etwa jeder vierten Genossenschaft bereits mit einem Betrag von weniger als 100 Euro möglich.

FRÜHER MACHTE MAN GELD MIT RWE

Natürlich profitieren vor allem Haus- und Landbesitzer sowie reichere Menschen. Doch wer die Energiewende deshalb als sozial ungerecht kritisiert, macht es sich zu einfach. Schließlich waren es zuvor die großen Energiekonzerne, die mit dem Strom ihre Gewinne machten. Wer Geld hatte, kaufte eben Aktien von Eon, RWE oder Vattenfall – und kassierte ebenfalls ab.

Durch die erneuerbaren Energien wird die Stromversorgung dezentralisiert, Solaranlagen und Windräder stehen im ganzen Land. Das schwächt die großen Konzerne, die früher die einzigen waren, die das Geld hatten, um ein großes Kohlekraftwerk in die Landschaft zu setzen. Nun wird die Verfügungsmacht über die Anlagen auf viele verschiedene Personen und Unternehmen aufgeteilt.

Die großen Konzerne kämpfen um ihre Profite und die Bundesregierung hilft ihr dabei. Sie legt Genossenschaften und anderen kleinen Unternehmen Steine in den Weg. Bislang gab es eine feste Vergütung für den eingespeisten Ökostrom, nun wird die sogenannte Direktvermarktung zum gesetzlichen Normalfall. Das heißt, der Strom muss verkauft werden, in der Regel an der Börse, danach gibt es einen Zuschuss, je nach Erzeugungsart des Stroms. Genossenschaften sind durch den Verkaufszwang häufig auf Energiedienstleister angewiesen, die sich an der Börse auskennen. Das kostet. Die großen Konzerne haben bereits das Know-how.

Und die „Sonnensteuer“? Wer Gleichheit herstellen will zwischen Selbstverbrauchern und Menschen ohne genügend Geld für die eigene Anlage, kann auch über diese Lösung nachdenken: Ökostrom-Anlagen zahlen generell keine EEG-Umlage, egal, ob es sich um Eigen- oder Fremdvverbrauch handelt. Das schont die Solarbranche, und die fossile Industrie muss mehr zahlen.

AUF UMWEGEN ZUM UMWELTSCHUTZ

In Dortmund gibt es besonders viele armutsgefährdete Haushalte. Staatlich geförderte Berater geben seit zwei Jahren praktische Hinweise zum Energiesparen – ein Win-win-Projekt mit Langzeitwirkung.

Text: SANDRA KIRCHNER



Glühlampen und Stand-by ade: Mit richtiger Beratung können Haushalte jährlich bis zu 300 Euro sparen. Foto: Kat Stachowiak | Pixabay

Wenn Mohamed Djellouli Hausbesuche macht, dann nimmt er die Wohnung genau unter die Lupe. Gemeinsam mit seinem Kollegen macht er sich in Dortmund auf die Suche nach Stromfressern. Sämtliche Lampen, Steckdosen und Haushaltsgeräte werden überprüft, ein Messgerät

entlarvt schnell, was übermäßig Strom zieht: Elektrogeräte im Standby-Betrieb oder uralte Kühlschränke. Sogar auf herkömmliche Glühlampen stößt der 49-jährige Djellouli noch oft. Dabei könnte der Stromverbrauch – und somit die Stromrechnung – weitaus niedriger sein.

Geprüft wird auch der Wasserverbrauch. „Nach einer Beratung sparen die Haushalte zwischen 200 und 300 Euro pro Jahr“, sagt Djellouli, der seit 2009 bei SKM Dortmund, einem

katholischen Verein für soziale Dienste, arbeitet. Für Haushalte mit geringem Einkommen ist das viel Geld.

Seit Jahren wächst in Dortmund die Armut. In keiner anderen deutschen Großstadt ist das Armutsrisiko so hoch wie dort. Das örtliche Jobcenter verzeichnet um die 40.000 Bedarfsgemeinschaften. Diese haben häufig einen höheren Strombedarf, weil Menschen mit geringem Einkommen tagsüber meist zuhause sind und oft auch dort essen. Das wenige Geld geht für den täglichen Lebensunterhalt drauf, gespart wird kaum.

„Einkommensschwache Haushalte sind von sich aus nicht in der Lage, stromsparende Maßnahmen zu ergreifen, weil sie oft von der Hand in den Mund leben“, sagt SKM-Geschäftsführer Alwin Buddenkotte. Statt zu Energiesparlampen wird dann zu den Glühlampen gegriffen – die verursachen zwar langfristig höhere Kosten, sind in der Anschaffung aber meist billiger.

Genau hier setzt das vom Bundesumweltministerium geförderte Projekt an. Mittlerweile bieten 170 Städte und Gemeinden kostenlose Stromsparchecks für einkommensschwache Haushalte an. Kommt Djellouli ein zweites Mal zu Besuch, bringt er energiesparende LED-Lampen, Kippschalter, Kühlschrankthermometer und Wasserstrahlregler mit. Bei Haushalten mit uralten Kühlschränken gibt es einen zusätzlichen Zuschuss von 150 Euro für ein energieeffizientes Modell. Das senkt den Verbrauch von Strom und spart auch Treibhausgasemissionen ein.

„Viele Menschen wissen nicht, wie sie ihre Emissionen verringern können“, sagt Buddenkotte.

„Aber über das Portemonnaie bekommen wir die Menschen zum Umweltschutz.“ Mehrere hundert Kilogramm CO₂ kann ein Haushalt so pro Jahr einsparen. Doch die Prüfung des Stromverbrauchs verändert auch langfristig das Verhalten der Menschen. „Die Haushalte setzen sich mit Energiefragen auseinander“, berichtet Djellouli. Sie beginnen über richtiges Lüften nachzudenken und schalten das Licht in Räumen aus, in denen sich niemand aufhält.

„ALLE PROFITIEREN, ES GIBT NUR GEWINNER“

Neben dem Stromsparcheck bietet die gemeinnützige Beratungsstelle in Dortmund auch eine Schuldner- und Budgetberatung an. Doch von keinem Projekt ist Buddenkotte so überzeugt wie vom Stromsparcheck. „Alle profitieren, es gibt nur Gewinner“, sagt der SKM-Chef. Haushalte mit geringem Einkommen sparen Geld, ebenso die Kommunen, die einen Teil der Sozialausgaben tragen.

In Dortmund haben Djellouli und seine fünf Kollegen rund 2.000 Haushalte beraten. Dadurch konnten seit Projektbeginn über zwei Millionen Euro eingespart werden. Durchgeführt werden die Stromsparchecks von Arbeitssuchenden, die eine Schulung zum Berater für Energie erhalten und mit sogenannten Arbeitsgelegenheiten an den ersten Arbeitsmarkt herangeführt werden sollen. Bei Mohamed Djellouli, der in Algerien geboren wurde und seit 1987 in Deutschland lebt, hat das geklappt. Mittlerweile hat er eine Anstellung erhalten.

SCHÖNE NEUE ARBEITSWELT

Die Arbeitsbedingungen in vielen Unternehmen der erneuerbaren Energien bleiben hinter vergleichbaren Branchen zurück. Viele Mitarbeiter wollen nicht langfristig bleiben. Für den Übergang in eine erneuerbare Arbeitswelt ist die Branchengewerkschaft erstaunlich konzeptlos.

Text: SUSANNE SCHWARZ

Es ist das Schreckgespenst der Energiewende: Wenn die erneuerbaren Energien noch wichtiger werden, wenn gar der Kohleausstieg kommt, dann – so argumentieren Kohleindustrie und branchentypische Gewerkschaften gern – folgt die Massenarbeitslosigkeit in den heutigen Kohleregionen. Aber wenn es um die Rettung des Klimas und damit der Welt geht, dann ist das kein richtiges Argument, feuern Umweltschützer regelmäßig zurück. Und außerdem: Das Geschäft mit den erneuerbaren Energien schafft mindestens genauso viele Arbeitsplätze.

Doch die Arbeitsbedingungen in der Branche lassen zu wünschen übrig. Im Durchschnitt verdienen die Arbeitskräfte im Vergleich zum übrigen produzierenden Gewerbe 900 Euro weniger pro Monat, nämlich 2.650 brutto. Das hat die Industriegewerkschaft Metall durch die Befragung von 4.740 Beschäftigten in den Bereichen Forschung und Entwicklung, Büro und Verwaltung, Produktion sowie der Anlagen-Montage herausgefunden. Frauen verdienen sogar noch weniger. Die Gehaltslücke zu den männlichen Kollegen beträgt etwa bei Ingenieurinnen der Solarbranche – trotz gleicher Qualifikation und Arbeitszeit – fast 20 Prozent. Urlaubs- und Weihnachtsgeld bekommt nur die Hälfte der Belegschaft.

Hinzu kommt, dass Überstunden mehr Regel als Ausnahme sind. Am stärksten sind die Ingenieure der Windbranche davon betroffen – 81 Prozent der Befragten bleibt dort regelmäßig

länger und damit im Regelfall über die 40-Stunden-Woche hinaus. In den allermeisten Fällen wird die Mehrarbeit nicht bezahlt. Unter anderem hat das damit zu tun, dass die gewerkschaftliche Organisation in dem Geschäftsfeld noch sehr gering ausgeprägt ist.

Das alles führt zu Unzufriedenheit: Die Mehrzahl der Befragten empfindet die Bezahlung als zu gering. Nicht einmal die Hälfte der Beschäftigten kann sich vorstellen, ihre Arbeit in der Zukunftsbranche bis ins Rentenalter auszuüben.

Die Transformation hin zur erneuerbaren Arbeitswelt hakt aber noch an anderer Stelle. Nicht alle, die derzeit noch mit Kohle und CO arbeiten, sind auch für eine Tätigkeit in der Erneuerbaren-Welt qualifiziert. Inwieweit das durch Umschulungen oder Weiterbildungen ausgeglichen werden kann, ist noch unklar, denn dafür fehlen die Konzepte. „So weit sind wir überhaupt noch nicht“, sagt Michael Denecke, Sprecher der Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie. Allzu groß scheinen dort die Sorgen um die Kohle-Arbeitsplätze auch noch nicht zu sein – dafür hat die Politik gesorgt.

„Erst mal freuen wir uns über den Energiewende-Kompromiss der Bundesregierung“, meint Denecke. Die neue Regelung sieht vor, dass 2.700 Megawatt an fossiler Kraftwerkskapazität in eine sogenannte Kraftwerksreserve überführt werden. Sprich: Die Betreiber werden dafür bezahlt, alte Kohlekraftwerke für den von Energieökonomien als sehr unwahrscheinlich erachteten Blackout bereitzuhalten. Trotzdem



Die Energiewende ist Teil der ökologischen Transformation, aber vergisst dabei, sozial zu sein. Foto: Oregon Department of Transportation

lieber heute als morgen den Wandel einleiten? „Das ist ja auch nicht allein die Aufgabe der Energiewerkschaft“, wehrt Denecke ab. „Fragen Sie doch mal die Unternehmen!“

Auch hier ist die Ideenwerkstatt noch nicht richtig angelangt. „In der technischen Wartung – im Gegensatz zu Jobs in der Verwaltung oder der Energiewirtschaft – sind die Unterschiede zwischen den Kraftwerkstypen sehr groß“, erklärt Markus Nitschke, Sprecher der Erneuerbaren-Sparte des größten deutschen

Energiekonzerns Eon. Im Falle von Kraftwerkstilllegungen sei das bisher einzige Konzept der Sozialplan. Also Vorruhestand, Übergangsgelder, Abfindungen.

Ab dem kommenden Jahr, meint Nitschke, werde zumindest Eon dieses Problem aber gar nicht mehr haben. Dann sollen die Aufspaltungspläne des angeschlagenen Konzerns greifen. Das fossile und atomare Geschäft wird ausgelagert und hat dann offiziell nichts mehr mit Eon zu tun. Der schwarze Peter wird weitergereicht.



„ANPASSUNG IST OFT KEINE OPTION MEHR“

Drei Prozent der Weltbevölkerung sind auf der Flucht. Immer mehr Menschen verlassen ihre Heimat aufgrund von Klimaveränderungen und Extremwetterereignissen, berichtet Migrationsexpertin Sophia Wirsching von Brot für die Welt. Die weitaus meisten flüchten aber nicht nach Europa, sondern bleiben in ihrer Region. Offiziell werden sie immer noch „Armutsflüchtlinge“ genannt.

Interview: SANDRA KIRCHNER

Frau Wirsching, die Syrienkrise, der Krieg in Afghanistan, der Bürgerkrieg in Somalia – haben die Wanderungsbewegungen in letzter Zeit zugenommen?

Sophia Wirsching: Schon seit Jahrzehnten liegt der Anteil der Migranten an der Weltbevölkerung konstant bei ungefähr drei Prozent. Wir reden von Migranten – oder Migrantinnen, denn die Hälfte von ihnen sind Frauen –, wenn sich die Menschen länger als ein Jahr nicht in ihrer Heimatregion aufhalten oder sich außerhalb ihrer Landesgrenzen befinden. Die absoluten Zahlen steigen aber, weil auch die Weltbevölkerung zunimmt. Durch die Krisen und Konflikte wächst die Zahl derjenigen, die vor Gewalt und Krieg in die Flucht gezwungen werden.

Welche Rolle spielt der Klimawandel bei der Migration?

Nichtregierungsorganisationen und Kirchen, mit denen wir zusammenarbeiten, bezeugen, dass aufgrund von Klimaänderungen ein Leben in den Heimatregionen oft nicht mehr möglich ist. Anpassung ist dann keine Option mehr, denn die Mittel, am Ort zu bleiben, fehlen, sind unerschwinglich oder es ist dauerhaft zu gefährlich.

Bei Extremwetterereignissen wie dem Wirbelsturm „Aila“ in Bangladesch oder dem Taifun „Haiyan“ auf den Philippinen werden Menschen sehr plötzlich enturzelt, sie können aber oft auch mittelfristig zurückkehren. Das bezeichnen wir ebenso als Klimawandel-induzierte Migration wie zum Beispiel die Umsiedlung von Bewohnern der Inselatolle im Pazifik, die durch den Meeresspiegelanstieg dem Untergang geweiht sind.

Wer ist besonders von den Auswirkungen des Klimawandels betroffen?

Der Klimawandel verstärkt bestehende Flucht- und Migrationsgründe. Gerade verwundbare Bevölkerungsgruppen leiden besonders unter Klimawandelveränderungen. Das sind die Ersten, die an Anpassungskapazität und Widerstandsfähigkeit einbüßen und dann gezwungen sind zu gehen. Manche können aber gar nicht

gehen, weil ihnen die Mittel dafür fehlen. Sie sind dann sozusagen intern Vertriebene oder Flüchtlinge im eigenen Land. Sie sind viel unsichtbarer, vor allem für globale Statistiken.

Lässt sich abschätzen, wie groß die Zahl der Klimawandelflüchtlinge ist?

Nein, das geht nicht. Wir gehen davon aus, dass die Zahl der Menschen, die aufgrund von Klimaveränderungen migriert, teilweise deutlich zunehmen wird. Das ist aber von Region zu Region unterschiedlich. Selbst innerhalb von wenigen Kilometern gibt es zwischen Dörfern ganz unterschiedliche Anpassungskapazitäten, sei es, weil da eine Straße in der Nähe ist, oder weil da ein Bach fließt. Außerdem begreift sich ein Kleinbauer eher als Armutsflüchtling, wenn seine Tätigkeit als Bauer und dadurch die Einkommensquelle wegfällt.

Medien zeigen immer wieder Bilder von Booten voller Menschen, die von Afrika über das Mittelmeer nach Afrika kommen.

Migration gibt es überall, vor allem innerhalb eines Kontinents. Die meiste Migration findet regional statt. Wir sehen zum Beispiel sehr starke Migrationsbewegungen innerhalb von Südostasien. Und allein innerhalb Chinas gibt es ähnlich viele Migranten, wie es international gibt. In Afrika und Lateinamerika gibt es auch einige migrantische Gebiete. Die bilden sich dort, wo Handelszonen entstehen. Die Migration zwischen den Ländern Afrikas ist viel größer als die Zahl der Afrikaner, die nach Europa kommt. Auch wenn wir jetzt andere Bilder vor Augen haben, im Vergleich ist die Zahl wahnsinnig gering. Die meisten Flüchtlinge werden von afrikanischen Ländern aufgenommen.

Trotzdem herrscht dieses schiefe Bild hierzulande vor. Hat die Politik versagt? Und was muss sie tun?

Die Flüchtlings- und Migrationspolitik in der EU und in Deutschland sind an vielen Stellen verbesserungswürdig. Die Bundesregierung hat festgestellt, dass sich der Klimawandel auf die

Migration auswirken wird, aber dass er nicht allein Migration verursacht, sondern ein Faktor unter vielen ist. Das rechtfertigt aber nicht, dass die Bundesregierung – abgesehen davon, dass sie die Nansen-Initiative stützt – zum Thema Klimawandelmigration keine sichtbare Position bezieht.

Es würde der Regierung nicht schlecht anstehen, wenn sie einen Schutz für vom Klimawandel betroffene Menschen bieten würde. Flüchtlinge kommen sowieso nur sehr schlecht nach Deutschland wegen der bereits bestehenden Dublin-Regularien auf europäischer Ebene. Es ist ohnehin nicht zu erwarten, dass Deutschland viele Umwelt- oder Klimaflüchtlinge an seinen Grenzen aufnehmen muss.

Was fordern Sie noch von der Bundesregierung?

Das sind drei Punkte: Erstmal muss Deutschland anerkennen, dass seine hohen Treibhausgasemissionen zu schlechteren Lebensbedingungen im Süden beitragen. Deshalb müssen Deutschland und die anderen Industriestaaten ihre Emissionen deutlich senken. Im Dezember soll in Paris das internationale Klimaabkommen verabschiedet werden, in dem erstmals Pflichten für alle Staaten enthalten sein werden. Von der Qualität dieses Abkommens wird es wesentlich abhängen, ob eine Begrenzung der globalen Erwärmung noch möglich sein wird.

Zweitens sollte sich die Bundesregierung noch stärker für die Anpassung an den Klimawandel engagieren und zugesagte Gelder und Know-how bereitstellen. Drittens – und das ist noch relativ neu – sollte die Bundesregierung auch die Schäden und Verluste in den Blick nehmen. Die Politik muss überlegen, wie sie mit den jetzt nicht mehr vermeidbaren Schäden durch den Klimawandel umgeht, wie Betroffene unterstützt und Menschenrechtsansprüche geltend gemacht werden können.

Sophia Wirsching, Referentin für Migration und Entwicklung bei der Organisation Brot für die Welt – Evangelischer Entwicklungsdienst in Berlin.



VON NEUEN BUSFAHRZEITEN ZUR GROSSEN TRANSFORMATION

Die Industrieregion Schweinfurt soll zeigen, wie die sozial-ökologische Transformation funktionieren kann.

Text: EVA MAHNKE

Wenn sich in Schweinfurt bald die Busfahrpläne ändern, können sich die IG Metall und der BUND Naturschutz in Bayern gegenseitig auf die Schulter klopfen. Denn dann werden sie dazu beitragen haben, dass von den 40.000 Pendlern, die täglich zumeist mit dem Auto in die Stadt fahren, nun ein paar mehr den Bus nehmen. Der Grund: Die Buszeiten passen besser zu den Arbeitszeiten der Schichtarbeiter in der Industriestadt. Das Auto bleibt öfter stehen. Das verringert Abgase, spart Kohlendioxid und macht Schweinfurt lebenswerter. Ein kleiner, aber wichtiger Schritt auf dem Weg zur sozial-ökologischen Transformation einer ganzen Industrieregion.

Genau die versuchen die Gewerkschaft und der Umweltverband im Rahmen einer strategischen Partnerschaft gemeinsam ins Rollen zu bringen. „Wir sind uns mit der IG Metall einig, dass wir vor dem Hintergrund von Peak Oil und Klimawandel nicht anders können, als die Transformation der Gesellschaft einzuleiten“, sagt Richard Mergner vom BUND. „Das erfordert aber ein grundsätzliches Umsteuern.“ Um herauszufinden, wie das gelingen kann, hat sein Verband gemeinsam mit den Metallern im vergangenen Jahr in Schweinfurt das Projekt „Sozial-ökologische Industriepolitik“ ins Leben gerufen. Ziel des „Leuchtturmprojekts“ ist es, die Wirtschaft in der Region nachhaltig zu

gestalten, ohne dass sie an Wettbewerbsfähigkeit einbüßt und Menschen auf der Strecke bleiben.

Das aber ist für die unterfränkische Industrieregion eine große Herausforderung. Schweinfurt ist nicht nur das Zentrum der deutschen Walzgerindustrie. Die Wirtschaft vor Ort arbeitet vor allem der Automobilbranche zu, und der eigene Pkw gilt den meisten noch immer als unverzichtbar. „Damit ist die Region von einem Produkt abhängig, das nicht nachhaltig ist“, sagt Mergner. „Mit dem Leuchtturm-Projekt wollen wir ausloten, ob es auch Alternativen gibt.“

Völlig bei null müssen die Schweinfurter hierfür nicht anfangen. Dass sich die Wirtschaft langsam wandeln kann, beweisen ortsansässige Unternehmen wie die Firma Senertec, die kleine, hocheffiziente Blockheizkraftwerke baut, oder die Firma ZF, die Hybridantriebe für Autos fertigt. Das ist aber nur der Anfang eines sehr langwierigen Prozesses. IG Metall und BUND sind überzeugt: Erfolg kann nur haben, wer die Beschäftigten vor Ort mit ins Boot holt. Sie sind es nicht nur, die mit ihrer Sachkenntnis Ideen für nachhaltige, reparaturfähige Produkte und Lösungen zur Verbesserung der Energie- und Ressourceneffizienz entwickeln. Über die Betriebsräte stehen sie auch im ständigen Austausch mit den Firmenleitungen vor Ort.

Und es sind die Beschäftigten, die am Ende klarkommen müssen mit Veränderungen und möglichen Strukturbrüchen. Ohne letztere wird es nicht gehen, ist sich die IG Metall Bayern sicher. „Wenn sich die Wirtschaft wandelt,



Auf dem Weg zur Arbeit im Stau stehen schadet nicht nur der Umwelt, sondern raubt auch Zeit und Nerven.

kann es sein, dass wir mit den Arbeitsplätzen ins Gehege kommen. Es wird auch Verlierer geben in dem Prozess“, sagt IG-Metall-Vertreterin Andrea Fehrmann. „Das müssen wir begleiten und Lösungen finden.“ Wie die aussehen werden, ist allerdings noch offen. „Wichtig ist“, so Fehrmann, „dass wir überhaupt ins Gespräch kommen und die eingefahrenen Wege verlassen.“

Als erstes, „relativ unproblematisches Lernfeld“ haben sich IG Metall und BUND das

Thema Mitarbeitermobilität gesucht, erzählt Klaus Mertens, der bei der Firma ZF arbeitet und das Leuchtturmprojekt mit vorantreibt. Die bessere Abstimmung von Busfahrzeiten und Schichtzeiten ist nur der Anfang. Unter anderem sollen passende Carsharing-Angebote, Fahrradstellplätze in den Betrieben, Umkleiden für die Radler und eine fahrradfreundliche Verkehrsplanung den Weg für ein sozial-ökologisches Schweinfurt ebnen.

Gemeinsam in die Zukunft.

enorm - Das Magazin für nachhaltiges Wirtschaften. Es erwarten Sie spannende Geschichten aus Wirtschaft und Gesellschaft sowie Einblicke in die Strategien nachhaltiger Unternehmen.

Jetzt abonnieren: 6 Ausgaben zum Preis von 36,75 € statt 49 €
Vorzugspreis für Mitglieder der herausgebenden Verbände*

Bitte bei der Bestellung angeben:
 Aktionscode **EN15/110/AZMOV**, **Verband und Mitgliedsnummer**

Telefonisch unter 040/41448-472 / +4940/41448-472
 oder per E-Mail an: abo@enorm-magazin.de

www.enorm-magazin.de

Jetzt mit Beilage und Infografik-Poster
movum
Das Debatten-Magazin

*Herausgeber movum:
 • BUND e.V.,
 • NaturFreunde Deutschlands e.V.,
 • EuroNatur Stiftung,
 • Deutsche Umweltstiftung,
 • Die Transformateure,
 • Forum Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft e.V.



Foto: UNECA | flickr.com

Keine globale Mitsprache in Steuerfragen

Die UN-Konferenz zur Entwicklungsfinanzierung endete Mitte Juli in der äthiopischen Hauptstadt Addis Abeba ohne den erhofften Durchbruch. Die Entwicklungsländer konnten sich mit ihrer Forderung nach einer UN-Agentur für Steuerfragen nicht durchsetzen. "Die reichen Länder wollen an einem System festhalten, wo Geld vom Süden nach Norden fließt und die Regeln in die andere Richtung", erklärte ein Beobachter. Die Industriestaaten erneuerten ihre Versprechen, die Entwicklungshilfe auf 0,7 Prozent des Bruttoinlandsprodukts zu steigern und ab 2020 jährlich 100 Milliarden Dollar für Klimaschutz und -anpassung in den bedürftigsten Ländern zu mobilisieren. Konkrete Pläne, wie das Geld zusammenkommen soll, legten sie aber nicht vor.

Viele finden Umweltschutz ungerecht

Immer weniger Deutschen ist der Umweltschutz ein dringendes Anliegen. Er zählt nur noch für 19 Prozent aller Befragten bei der diesjährigen Umweltbewusstseinsstudie zu den wichtigsten Problemen. Bei der letzten Befragung 2012 waren es noch 35 Prozent gewesen. Deutlich vor dem Schutz der Umwelt rangieren laut der Umfrage des Bundesumweltministeriums die soziale Sicherheit und die Wirtschafts- und Finanzpolitik. Fast jeder Dritte spricht sich sogar dafür aus, für mehr soziale Gerechtigkeit den Klimaschutz einzuschränken. "Offenbar ist es bisher nicht gelungen, die Synergien zwischen Umwelt- und Sozialpolitik deutlich zu machen", kommentierte Ministerin Barbara Hendricks (SPD) das Ergebnis.

Forscher rufen postfossiles Zeitalter aus

Einen dringenden Appell an die Politik haben über 2.000 Klimaforscher auf einer hochkarätig besetzten Konferenz Anfang Juli in Paris gerichtet. Sechs Monate vor dem Klimagipfel in der französischen Hauptstadt forderten sie die Entscheidungsträger auf, sich dem notwendigen historischen Bruch zu stellen. Vor allem müsse man "den Menschen sagen, dass das fossile Zeitalter endgültig vorbei ist", forderte Hans Joachim Schellnhuber, Chef des Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung. Nötig sei ein neuer "Sozialvertrag" für den Klimaschutz. Das Industriezeitalter habe keineswegs Wohlstand für alle gebracht. Der frühere Weltbank-Chefökonom Joseph Stiglitz sagte, statt freiwilliger Beiträge und Emissionshandel brauche die Welt eine CO₂-Besteuerung.



Foto: Susanne Götze

"Dasselbe in Grün" funktioniert nicht

Klimaaktivisten haben Umwelt- und soziale Bewegungen in Deutschland aufgefordert, gemeinsam neue Wege zu gehen und voneinander zu lernen. Was sich heute Umweltschutz nenne, sei oft weder ökologisch noch sozial, sagte die Aktivistin Dorothee Häußermann dem Magazin *klimaretter.info*. "Wir verlieren wesentliche Dinge aus dem Blick: grundsätzliche Ursachen für den steigenden Ressourcenverbrauch, Wachstumszwänge, Machtverhältnisse, Fragen sozialer Gerechtigkeit." Ähnlich äußerte sich Greenpeace-Politikchef Stefan Krug. Er warnte vor einer "Green Economy, die uns dasselbe auf Übernutzung ausgerichtete Wirtschaften und Konsumieren verspricht, nur mit unendlich viel grüner Energie".

IMPRESSUM

Herausgeber:

Damian Ludewig, Geschäftsführer, Forum Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft e.V.;

Michael Müller, Vorsitzender, NaturFreunde Deutschlands e.V.

Christel Schroeder, Präsidentin, EuroNatur Stiftung;

Jörg Sommer, Vorstandsvorsitzender, Deutsche Umweltstiftung;

Dr. Hubert Weiger, Vorsitzender, BUND e.V.;

Dr. Martin Held, Gesprächskreis Die Transformateure – Akteure der Großen Transformation

Redaktion:

Chefredaktion: *Susanne Götze, Joachim Wille (V.i.S.d.P.)*

Redakteure: *Matthias Bauer, Sandra Kirchner*

Layout

Alexander Seeberg-Elverfeldt, Entwicklung; *Adrien Tasic*, Gestaltung; *Jennifer Kalisch*, Infografik

Dr. Kai Niebert, Fakultät Nachhaltigkeit, Leuphana Universität Lüneburg, Konzeption Infografik

Verlag:

movum erscheint im GutWetter Verlag UG (haftungsbeschränkt)

Marienstraße 19/20, 10117 Berlin, Tel.: +49 (0)30 24632232, www.gutwetterverlag.de, Geschäftsführer: *Marco Eisenack*

Registergericht: Amtsgericht Charlottenburg, NR-Nr.: HRB 118470 B. Der Verlag haftet nicht für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos.

Alle Rechte vorbehalten. Nachdruck, Aufnahme in Onlinedienste sowie Vervielfältigung auf Datenträgern nur nach Genehmigung des Verlages.

movum erscheint als kostenlose Beilage in Kombination mit dem Wirtschaftsmagazin enorm, www.enorm-magazin.de

movum liegt exklusiv, regelmäßig und kostenlos dem Wirtschaftsmagazin enorm bei, www.enorm-magazin.de.

Mitglieder der herausgebenden Verbände beziehen das enorm-Abo inkl. movum zum Vorzugspreis von 36,75 Euro statt 49 Euro (6 Ausgaben p.a.).

Weitere Informationen unter www.movum.info/kombi-abo

Auflage: 30.000 Exemplare

Die movum-Ausgaben können Sie kostenlos bestellen:

bestellung@naturfreunde-verlag.de

oder per Post: Naturfreunde-Verlag Freizeit und Wandern GmbH

Warschauer Str. 58 a + 59 a, 10243 Berlin

Debatten zu
den Themen dieser
Ausgabe unter:
www.Briefe-zur-Transformation.de

Die Verantwortung für den
Inhalt dieser Veröffentlichung liegt
bei den AutorInnen.

